

4. Oktober 2020 H 2451

k•punkt

spezial

Das Magazin der Kommende Dortmund

KOMMENDE
DORTMUND
Sozialinstitut

Für eine bessere Welt.

Kirche in der Corona-Krise

Polizei und Rechtsextremismus

Arbeitskräfte in der häuslichen Pflege

Schaffen wir das?

SEIT 10 JAHREN UNTRENNBAR: NACHHALTIGKEIT UND ERTRAG.

10 Jahre

BKC Treuhand Portfolio

Der Stiftungsfonds
für höchste Ansprüche



WKN: A0YFQ9 (I-Tranche)

Den Verkaufsprospekt und die wesentlichen Anlegerinformationen erhalten Sie in deutscher Sprache bei der Bank für Kirche und Caritas eG und der Universal-Investment-Gesellschaft mbH.



Unsere Kompetenz: professionelle Vermögensberatung
im Einklang mit Nachhaltigkeit

Spezialbank für kirchlich-caritative Einrichtungen und deren hauptamtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Kamp 17 · 33098 Paderborn · Telefon 05251 121-0 · www.bkc-paderborn.de · info.service@bkc-paderborn.de

Editorial

FÜR EINE BESSERE WELT. *Schaffen wir das?*

Corona-Krise, Klimakrise, Migrationskrise ... man könnte meinen, das sei ein bisschen viel Krise auf einmal. Und jede dieser Herausforderungen hat allein schon für sich genommen die Wucht, die ganze Welt in Atem zu halten. Eine Welt, die sich immer mehr all jener erwehren muss, die diese Menschheitsprobleme nicht nur ignorieren oder schlichtweg leugnen, sondern oft auch noch die positiven Kräfte daran hindern, konstruktiv und effektiv an deren Lösung zu arbeiten.

Wir erinnern uns: Als Angela Merkel vor fünf Jahren ihr berühmtes und seitdem viel gescholtenes „Wir schaffen das!“ sagte, standen diese Worte nicht nur für die politisch-pragmatische Problemlösungskompetenz der Bundeskanzlerin: darin zeigte sich zugleich das unprätentiöse Bekenntnis zu einem christlichen Humanismus, wie schon der ungewöhnlich emotionale Nachsatz deutlich machte: „Ich



muss ganz ehrlich sagen, wenn wir jetzt anfangen, uns noch entschuldigen zu müssen dafür, dass wir in Notsituationen ein freundliches Gesicht zeigen, dann ist das nicht mein Land.“

Solidarität als moralische Verpflichtung, nicht als politische Inszenierung! Heute, fünf Jahre später, ist die Integration der meisten, die

damals bei uns Schutz und Hilfe suchten, gelungen. Den Vielen sei Dank, die selbstverständlich und selbstlos dazu beigetragen haben!

Käme es da angesichts all der aktuellen Krisenphänomene nicht ebenso darauf an, selbstbewusst und entschieden Stellung zu beziehen: für ein solidarisches Miteinander? Sollten da nicht auch die Christen erkennbar sein, in ökumenischer Verbundenheit und interreligiöser Solidarität, unbeschadet aller kircheninternen Differenzen? Gerade in

Zeiten, in denen die Corona-Pandemie die Verwundbarkeit und Zerbrechlichkeit unserer Welt schonungslos offengelegt hat, braucht es das Engagement aller Menschen guten Willens, sich für die weltweite Solidarität besonders mit den Armen und Ärmsten einzusetzen. So ist es nur konsequent, dass auf Einladung des Vatikans, immerhin der Stimme von rd. 1,2 Milliarden Katholiken, und des Weltrats der Kirchen, in dem rd. 550 Millionen Christen aus 350 evangelischen, anglikanischen, orthodoxen und altkatholischen Kirchen vertreten sind, in Rom die Vertreter der Weltreligionen, zahlreicher Hilfswerke und Nichtregierungsorganisationen zusammengekommen sind, um gemeinsam zu einer weltumspannenden interreligiösen Solidarität aufzurufen. „Angesichts der Pandemie ist die gesamte Menschheitsfamilie aufgerufen, sich gegenseitig zu schützen und unsere Gesellschaften zu heilen“, so die Botschaft.

Doch ob wir das „schaffen“, ist nicht ausgemacht. Denn die Interessengegensätze in der Welt bestehen fort, befördert von Machtstreben, Eigennutz und Eitelkeit, die dem Mühen um das Weltgemeinwohl im Wege stehen. Doch der damals mutig-selbstbewusst ausgesprochene Satz „Wir schaffen das“ ist möglicherweise nur die halbe Wahrheit. Denn als Christen wissen wir, dass all unserem Mühen Gottes Beistand und seine Gnade vorausgeht. Im Vertrauen auf ihn, den Gott des Unmöglichen, können wir Großes schaffen. Und ehrlich: Unsere Welt wartet darauf. Ihr



Prälat Dr. Peter Klasvagt

Inhalt

- | | | | |
|----|--|----|---|
| 4 | Interreligiöses Engagement in einer verwundeten Welt | 18 | Interview zu Arbeitsbedingungen in der häuslichen Seniorenpflege |
| 6 | Kirche kein systemrelevanter Akteur? | 22 | Wilhelm-Weber-Preis für Angelika Niebler
Auszeichnung für Peter Klasvagt |
| 7 | Politische Bildung in Zeiten von Corona | 24 | Epochenwandel –
Auf der Suche nach einer neuen Erzählung |
| 8 | Aktualisiertes Leitbild der Kommende | 29 | Die soziale Idee braucht Freunde |
| 10 | Rechtsextremismus und Rassismus
in der Polizei? | 30 | Laudato Si' und die Corona-Krise |
| 14 | 10 Jahre beneVolens – eine Zwischenbilanz | | |



Es geht um Leben und Tod

In einem Hospiz in Jerusalem arbeiten, leben und sterben Menschen, die eigentlich Feinde sind: Israelis und Palästinenser; Juden, Christen und Muslime. Die Einrichtung ist mehr als Sterbebegleitung unheilbar kranker Menschen: Sie ist ein Dienst an der Versöhnung im Angesicht des Todes.

Das Haus liegt an der Grenze: im Westen die jüdische Neustadt, im Osten der palästinensische Teil der Stadt, südlich die Altstadtmauer. Frauen mit Kopftuch gehen daran ebenso vorbei wie europäische Touristen oder ultraorthodoxe Juden mit Schläfenlocken und Gebetsriemen an den Armen. Die blauen Fensterläden wirken wie Farbtupfer in der sandfarbenen Landschaft. Die Farbe des Himmels.

Im French Hospital St. Louis sind Israelis und Palästinenser, sind Christen, Juden und Muslime gleichermaßen willkommen. Patienten, Angehörige sowie ärztliches und pflegerisches Personal im Hospiz gehören allen drei Konfessionen an. Speisevorschriften der verschiedenen Religionen werden ebenso eingehalten wie die unterschiedlichen Feiertage.

Die Krankheit im Endstadium, ihr Verwundetsein, verbindet alle Patienten. Der Nahostkonflikt hat keine Macht. Es scheint, als könnten Feinde im Angesicht des Todes ihren Hass überwinden. In Frieden zu sterben, das habe im French Hospital eine tiefere Bedeutung, sagt Sr. Monika Düllmann, die das Hospiz über viele Jahre leitete. So habe der Sohn einer Patientin ihr erzählt: „Meine Mutter hat die Araber immer gehasst. Aber am Ende nicht mehr. Sie hat immer gesagt: Aadel ist der beste Pfleger.“

Da war ein anderer Patient, der auf den Messias wartete. „Es ist nicht schlimm, dass ich nicht da war, als mein Mann starb“, habe seine Frau gesagt. Dadurch dass er seine letzten Tage im French Hospital verbringen durfte, habe sich sein Traum erfüllt. Kurz vor seinem Tod habe er gesagt: „Denn ist nicht das die Zeit des Messias, dass Menschen verschiedener Religionen in Frieden miteinander leben?“

Claudia Schwarz

Interreligiöses Engagement in einer verwundeten Welt

„Das erhöhte Bewusstsein für unsere geteilte Verwundbarkeit ist ein Ruf nach neuen Formen von Solidarität, die alle Grenzen überwinden“, so steht es in einem neuen Dokument, das der Päpstliche Rat für den Interreligiösen Dialog (PCID) und der Ökumenische Rat der Kirchen (ÖRK) am 27. August gemeinsam veröffentlicht haben. Der englische Titel lautet: „Serving a Wounded World in Interreligious Solidarity. A Christian Call to Reflection and Action During COVID-19 and Beyond.“ (Durch interreligiöse Solidarität Diener einer verwundeten Welt sein. Ein christlicher Ruf nach Reflektion und Tat, während COVID-19 und darüber hinaus.)

Anstoß für das Schreiben ist die Corona-Pandemie. Es will Anregungen geben für ein interreligiöses und ökumenisches Engagement in einer durch das Virus und andere Verletzungen verwundeten Welt. Dabei richtet sich das Handbuch nicht nur an Christen, sondern auch an Angehörige anderer Religionen.

Neben COVID-19 werden auch religiöse Intoleranz, Diskriminierung, Rassismus sowie ökonomische und ökologische Ungerechtigkeit als Herausforderungen der Gegenwart formuliert. Die Pandemie hat laut Dokument die Welt unmittelbar und unvorbereitet getroffen und den Alltag aller Menschen dramatisch verändert. Es sei zum Ausdruck gekommen, dass alle verwundbar und aufeinander angewiesen sind. Darin sieht das Schreiben eine Chance, neue Formen von Solidarität zu entwickeln und Hoffnung zu geben. Besonders die Religionen könnten einen wertvollen Beitrag dazu leisten, die Menschheit zum Aufbau neuer sozialer Strukturen auf lokaler, nationaler und internationaler Ebene anzuregen.

Das Handbuch nennt zehn Prinzipien, die Grundlage der Zusammenarbeit sein sollen: Dazu gehören unter anderem Demut, Respekt, Nächstenliebe, Dankbarkeit und Liebe. Im Schlussteil stehen sieben Empfehlungen, wie Christen gemeinsam mit anderen Religionen der verwundeten Welt helfen können: Etwa, indem sie auf Leiden aufmerksam machen, junge Menschen unterstützen oder Dialog fördern.

Claudia Schwarz



**Serving a Wounded World
in Interreligious Solidarity**

*A Christian Call to Reflection and Action
During COVID-19 and Beyond*



**World Council
of Churches**

weiss

Druckerei Weiss – Partner für Druck und Mediadienstleistung

Geschäftliche oder private Drucksachen – mit uns finden Sie einen kompetenten Partner in Ihrer Nähe. www.weissdruck.com

Brackeler Hellweg 22
44309 Dortmund
Telefon: 0231-92599-0
info@weissdruck.com



Dortmund City © Stenzel Washington

Multifunktions-Systeme

**Kopieren - drucken -
scannen - faxen direkt
am Arbeitsplatz. Spart Platz
und Verbrauchsmaterial!
Diverse Systeme zur Auswahl
Brother, Develop, HP, etc.**

Ihr kompetenter Partner seit über 85 Jahren in Dortmund



GRÜNINGER

<http://www.GRUENINGER.COM>

Weissenburger Straße 45-47 • 44135 Dortmund
Telefon 58 44 59-0 • Fax 58 44 59-44



Wohnen als Erlebnis

Stoffe spiegeln Trends wieder,
Farben provozieren Stimmungen.
Der Mix von Materialien macht
Wohnen zum sinnlichen Vergnügen.



Winfriedstr. 51 • 33098 Paderborn
Tel: 0 52 51 / 75 03 45 • Fax: 75 03 40
email: info@schoenlau-gardinen.de
www.schoenlau-gardinen.de

Gardinen • Teppiche • Kleinmöbel • Polsterarbeiten • Plissees • Insektenschutzanlagen

Denkmalpflege • Kirchenrestauration
Fassadensanierung • Mauerwerkreparatur
Natursteinarbeiten • Fugarbeiten • Mauerwerkreinigung

MEGALITH

BAU-HAMMER GMBH

Profilstraße 9 • 58093 Hagen
Tel. (02331) 37 670 -0 Fax -20
www.megalithgmbh.de

HELLWEG/APOTHEKE

Apothekerin Margarethe Köhle

Brackeler Hellweg 155 • 44309 Dortmund
Tel. 0231/252244 • Fax 0231/255857
E-Mail: hellweg-apotheke@t-online.de
www.hellweg-apotheke-dortmund.de

Ort der Trauer,
des Gedenkens –
der Hoffnung
und Begegnung

Christliche
Urnenbeisetzungen
Einzel- und Doppel-
grabstätten

Pflegefreie
Grabstätten

Informationen/Besuche:

Amalienstraße 21 a
44137 Dortmund
Telefon: 0231.545045.95

Öffnungszeiten:

Grabeskirche Liebfrauen
täglich von 10 - 17 Uhr
Verwaltungsbüro
Mo. - Fr. 9 - 13 Uhr



GRABESKIRCHE
LIEBFRAUEN
DORTMUND

www.grabeskirche-liebfrauen.de

Kirche in der Corona-Krise – kein systemrelevanter Akteur?

Der Coronavirus hat die Gesellschaften weltweit unvorbereitet in eine schwere medizinische, soziale und wirtschaftliche Krise gestürzt. Die Systeme wie jede/r Einzelne sind von ganz neuen Einschränkungen und Herausforderungen überrollt worden. Erst spät (zu spät?) kamen die Menschen in den Blick, die besonders unter der Krise leiden, die vergessen wurden und unbeachtet blieben; Menschen, die keine Lobby haben. Diese Beobachtung wirft dann auch die selbstkritische Frage nach der Rolle der Kirche in diesen schweren Zeiten auf. Ist sie in Krisenzeiten (noch) „systemrelevant“?

Besonders litten und leiden in dieser Krise ältere Menschen in Pflegeheimen, die im letzten Abschnitt ihres Lebens hilflos von ihren engsten Angehörigen getrennt waren, ohne dazu nach ihrer Meinung gefragt worden zu sein; Pflegekräfte, denen am Anfang applaudiert wurde, die sich aber fragen, wie nachhaltig diese Wertschätzung ist, z.B. in den aktuellen Tarifverhandlungen; die irregulären häuslichen Pflegekräfte in den Privathaushalten, eine (heimliche) Säule unseres Pflegesystems, zu deren aktueller Situation in der Coronakrise es keine Untersuchung gibt; die Obdachlosen, denen eine Säule ihrer Lebensgrundlage weggebrochen ist, wenn beim Versuch etwas zu erbetteln, die Fußgängerzonen leer bleiben; Menschen auf der Flucht, die vor geschlossenen Grenzen stranden und deren Helfer derzeit Flüchtlingslager nicht betreten dürfen; alleinstehende Menschen, deren Einsamkeit durch Kontaktbeschränkungen verschärft wird; Eltern mit kleinen Kindern und Job, die in eine Situation der Überforderung gedrängt werden; die prekären Situationen von Haushalten, die wegen Jobverlust und Kurzarbeit in finanzielle Engpässe geraten, verschwinden im Nebel des „Allday-Kurzarbeit“. Die Liste ließe sich fortführen.

Merkwürdig blass blieb, zumindest in der Öffentlichkeit, das Engagement der Kirchen. Angesichts ihres Anspruchs, gerade zu den Armen und Leidenden gesandt zu sein: Wo war das soziale Engagement der Kirchen in der Corona-Krise? Ja, es gibt Beispiele vorbildlichen Einsatzes: die Bilder von Lebensmittelbeuteln für Obdachlose; der Pfar-

rer Peter Kossen, der sich schon lange im Bistum Münster gegen die unmenschlichen Arbeitsbedingungen von Werkvertragsarbeitnehmern in der Fleischindustrie einsetzt; der evangelische Seelsorger aus Jena, der sich den Zugang zum Pflegeheim eingeklagt hat.

Doch insgesamt bleibt der Eindruck, dass die Kirchen im Corona-Stillstand wie gelähmt wirken - besorgt, den eigenen religiösen Betrieb zu sichern, die Verkündigung durch digitale Gottesdienste aufrecht zu erhalten. In den öffentlichen Debatten blieben sie auf merkwürdige Weise unsichtbar. Politik und Gesellschaft nahmen sie überhaupt nicht als wichtigen gesellschaftlichen Akteur in den Blick.

In Deutschland dürfen und müssen wir im Ländervergleich froh sein über eine Politik, die sich in der Krise wissenschaftlichen Erkenntnissen nicht verschließt, uns glücklich schätzen in einem Sozial- und Rechtsstaat zu leben, dessen soziale Sicherungssysteme helfen, die Krise zu bewältigen. Doch unsere Politik und Gesellschaft braucht auch eine Lobby für die Notleidenden, die übersehen werden und die durch die Netze der Unterstützung fallen. Angesichts ihres eigenen Anspruchs wäre dies eine vornehme Rolle für die Kirchen und ihre Gemeinden. Für die Wahrung der Menschlichkeit in unserer Gesellschaft wären die Kirchen als Lobby für die Leidenden „systemrelevant“, mindestens „mensenrelevant“.

Die Kirchen sind dazu mit ihren vielfältigen Netzwerken prädestiniert: mit ihren Zugängen zu Kindern und Familien (Kindertagesstätten, Schulen, Bildungsstätten), zu den Ärmsten (Caritas und Diakonie, Beratungsdienste) zur Pflegearbeit (Krankenhäuser, stationäre und ambulante Pflege) und ihrem Einsatz für Menschen am Rande (Obdachlose, Geflüchtete) und weltweit (kirchliche Hilfswerke), auch als religiöse Fluchtorte in existentiellen Ängsten. Die Corona-Krise dauert an. Auch wenn die Wege aus der Krise dann anstrengender und Lösungen komplexer werden. Es wäre um der Menschlichkeit willen wünschenswert, dass das übersehene Leid von Menschen sichtbar und vernehmbar wird.

Andreas Fisch

Aus einer Übung im Sozialen Seminar: Stabile Netzwerke und das soziale Miteinander haben für Jugendliche eine hohe Bedeutung.

Politische Bildung in Zeiten von Corona

Auswirkungen der Coronavirus-Pandemie auf bildungsbenachteiligte Jugendliche?

Unter welchen Bedingungen in Zeiten der Corona-Krise die schulische Bildung gewährleistet werden kann, ist gegenwärtig ein umstrittenes Thema der Berichterstattung auf allen Kanälen. Die oft bemühte Alternative des *Home-schooling* entpuppt sich für viele Eltern aller Schulformen als eine Überforderung. Kritisiert wird dabei auch die fehlende Digitalisierung der Schulen als Voraussetzung des Online-Unterrichts. Fast alle gesellschaftlichen Diskussionen haben jedoch eins gemein: es geht vor allem um den formalen Wissenserwerb und wie dieser in der Krise zu erfolgen hat. Eine Gruppe, die besonders unter den Kontaktbeschränkungen leidet, ist weitestgehend übersehen: bildungsbenachteiligte Jugendliche.

Denn gerade diese Gruppe profitiert von nonformalen außerschulischen politischen Bildungsangeboten. Diese Maßnahmen, wie etwa die Sozialen Seminare der Kommende Dortmund, zeichnen sich durch niederschwellige und personale Angebote aus, die den Jugendlichen einen direkten Zugang zur politischen Bildung ermöglichen. Selbst aktiv zu werden, Motivation und Befähigung zu gesellschaftlichen Teilhaben stehen hier im Fokus. Die Referent*innen stellen in dieser Arbeit die Verbindungen zwischen den individuellen Lebensthemen und gesamtgesellschaftlich relevanten politischen Entwicklungen her

und vermitteln sie so den Jugendlichen.¹ Solche Beziehungsarbeit ist für die nonformale außerschulische politische Bildung mit bildungsbenachteiligten Jugendlichen charakteristisch und essentiell. In der direkten Begegnung werden neben dem Wissenserwerb wichtige soziale Kompetenzen geschult. Der Lernerfolg dieser Bildung mit benachteiligten Jugendlichen beruht vor allem auf dem sozialen Miteinander in der Gruppe. Davon abgesehen, dass diese Jugendlichen von „zu Hause aus“ kaum notwendige Ausstattungen zum selbstständigen Online-Lernen haben: Digitale Formate wie Videokonferenzen oder Online-Seminare sind keine Alternative zum sozialen Lernen. Die erlebnispädagogische und erfahrungsbezogene Arbeitsweise ist also nicht zu ersetzen. Unter den Hygienemaßnahmen in der Coronavirus-Pandemie fällt sie aber leider weitestgehend aus.

Einige Einrichtungen der politischen Jugendbildung, wie die Kommende Dortmund, führen daher trotz der erschwerten Rahmenbedingungen weiter Präsenzveranstaltungen mit bildungsbenachteiligten Jugendlichen durch. Damit eben nicht die Schwächsten erneut benachteiligt werden – und die Corona-Krise die bestehenden Benachteiligungen weiter verfestigt.

Robert Kläsener

¹ vgl. AKSB-Fakt. Politische Bildungsarbeit mit bildungsbenachteiligten Jugendlichen in der AKSB, einzusehen unter: <https://www.aksb.de/themen/schwerpunkte/bildungsbenachteiligte-jugendliche/>

Leitbild des Sozialinstituts Kommende Dortmund aktualisiert



Kommende Dortmund twittert mit

Der Nachbar, Vereine, Institutionen, Firmen und der Papst: auf Twitter kommen sie alle zusammen. 186 Millionen User weltweit, davon 1,7 Millionen Deutsche, sind täglich auf der Plattform unterwegs. Hier werden Ereignisse und Ankündigungen oft schneller veröffentlicht als über die klassischen Medien. Tendenz steigend. Seit dem 1. Juni ist die Kommende Dortmund auch beim sozialen Netzwerk Twitter aktiv. Als „sozialetische Stimme“ wird mehrmals wöchentlich das tagesaktuelle Geschehen kommentiert.

Der Kommende Dortmund kann man @Kommende_DO folgen. Oder, wenn man kein eigenes Twitterkonto hat, auf der Internetseite verfolgen: www.twitter.com/Kommende_DO oder ganz einfach mit diesem QR-Code >>



Die Dozent*innen haben in den vergangenen Monaten das Leitbild der Kommende Dortmund überprüft und aktualisiert. Das neue Leitbild bringt die strategische Vision der Arbeit auf den Punkt und beschreibt die vielfältigen Aufgaben als Sozialinstitut, Akademie und Tagungshaus. An der Leitidee „Gesellschaft gerecht gestalten“ orientieren sich die Angebote und Leistungen, das vielfältige sozialetische Engagement der Fachbereiche, der Projekte und Initiativen, aber auch die Gastlichkeit als Tagungshaus.

Das neue Leitbild betont die drei Aspekte der Kommende Dortmund als Sozialinstitut, Akademie und Tagungshaus. Als *Sozialinstitut* trägt die Kommende Dortmund Signale für die Gestaltung eines gerechteren Miteinanders hinein in Kirche und Gesellschaft, Wirtschaft und Politik. Damit treibt sie als sozialetisches Kompetenzzentrum des Erzbistums Paderborn die Diskussion über Werte und Haltungen, gesellschaftliche Strukturen und Institutionen, politisches und ziviles Handeln voran.

Die Kommende Dortmund ist aber auch eine Katholische *Akademie*. Sie wendet sich mit einem vielfältigen Bildungs- und Tagungsprogramm an alle gesellschaftlichen Gruppen. Ziel ist es, gemeinsam praxistaugliche und wirksame Wege in eine gerechtere Gesellschaft zu finden. Die Kommende Dortmund ist dabei immer auch Ideengeberin, Entwicklerin und Motor neuer Projekte und Initiativen. Sie berät, begleitet, und fördert Menschen in ihren Potentialen und Kompetenzen und regt sie an, gesellschaftliche Verantwortung zu übernehmen.

Die Kommende Dortmund ist als *Tagungshaus* offen für Gäste. Sie bietet eine offene und produktive Atmosphäre, in der sie alle Menschen willkommen heißt und sie in ihrer Persönlichkeit wahrnimmt und wertschätzt.

Das neue Mission Statement ist veröffentlicht auf der Internetseite der Kommende Dortmund:

www.kommende-dortmund.de/institut/ueber-uns/leitbild.





Christinenstift

Seniorenpflegeeinrichtung
Kath. St.-Johannes-Gesellschaft Dortmund gGmbH



St. Josefinenstift

Seniorenpflegeeinrichtung
Kath. St.-Johannes-Gesellschaft Dortmund gGmbH



St.-Elisabeth-Altenpflege

Seniorenpflegeeinrichtung
Kath. St.-Johannes-Gesellschaft Dortmund gGmbH



**BESUCHEN
SIE UNS!**

Die Senioreneinrichtungen der Kath. St.-Johannes-Gesellschaft Dortmund gGmbH liegen an zwei Standorten in der Dortmunder Innenstadt sowie in Dortmund-Kurl. Das Selbstverständnis der Betreuung ist von unserem christlichen Leitbild getragen. Das heißt für uns, ein individuelles Betreuungskonzept zu leben, das die Selbstbestimmung der Bewohner respektiert und fördert.

Das Christinenstift und das St. Josefinenstift liegen in der Dortmunder Innenstadt und bieten durch ihre zentrale Lage mannigfaltige Aktivitäten. Der Gang über den Wochenmarkt wird ebenso gerne wahrgenommen wie der Besuch des Theaters. Die vielen Cafés und Geschäfte sind fußläufig zu erreichen. Trotz der Stadtlage verfügen diese Einrichtungen über große Innengärten mit grünen Oasen. Wer dagegen die Ruhe der Natur schätzt und den weiten Blick über Felder und Wiesen sowie einen Spaziergang durch den Sinnesgarten genießen möchte, findet mit der St.-Elisabeth-Altenpflege die passende Umgebung in Dortmund-Kurl.

Christinenstift, Eisenmarkt 2-6,
44137 Dortmund
Telefon: (0231) 18 201-0,
www.christinenstift.de

St. Josefinenstift, Ostwall 8-10,
44135 Dortmund
Telefon: (0231) 55 69 05-0,
www.josefinenstift-dortmund.de

St.-Elisabeth-Altenpflege, Kurler
Str. 130, 44319 Dortmund
Telefon: (0231) 2892-0,
www.elisabeth-dortmund.de

www.st-johannes.de



**KATH. ST.-JOHANNES-GESELLSCHAFT
DORTMUND gGmbH**

Kranken- und Pflegeeinrichtungen

Rechts- extremismus und Rassismus in der Polizei?

Hat die deutsche Polizei ein Problem mit rassistischen und rechtsextremen Tendenzen oder gar Strukturen in den eigenen Reihen? In seinem Beitrag widerspricht der Sozialethiker Prof. Dr. Christoph Giersch pauschalen öffentlichen Verdächtigungen.

Die Frage nach Rassismus und Rechtsextremismus in der Polizei ist zwar nicht neu, verschiedene Ereignisse der letzten Monate haben aber zu einer erheblichen Intensivierung der öffentlichen Debatte darüber geführt. Zu nennen sind hier insbesondere die Mitte September bei Polizeibeamten aus NRW entdeckten WhatsApp Gruppen mit rechtsextremen und rassistischen Inhalten sowie die mehr als 80 Drohschreiben des sogenannten NSU 2.0. Diese enthielten zum Teil öffentlich nicht zugängliche Informationen über die Adressaten. In einigen Fällen wurden nachweislich kurz vor dem Erhalt der Drohschreiben entsprechende Daten an Computern der Polizei in Frankfurt und Wiesbaden abgerufen.

Seitdem wird in Politik und Medien über mögliche rechtsextreme Netzwerke innerhalb der (hessischen) Polizei diskutiert. Auch der Fall eines im Februar festgenommenen Verwaltungsmitarbeiters der Polizei in Hamm machte bundesweit Schlagzeilen. Vorgeworfen wird ihm die Mitgliedschaft in einer rechtsextremen Terrorgruppe. Nicht ohne Folgen für Deutschland blieb schließlich der gewaltsame Tod des Afroamerikaners George Floyd durch einen Polizeieinsatz in den USA im Mai dieses Jahres. Die seitdem in den USA mit großer Vehemenz geführte Debatte über Rassismus und rechte Gesinnung innerhalb der Polizei führte auch zu entsprechenden Anfragen an die Polizei in Deutschland.

Latenter Rassismus?

Von einigen Kommentatorinnen und Kommentatoren wurden dabei auch der deutschen Polizei ein latenter Rassismus und ein strukturelles Problem im Blick auf rechtsextreme Tendenzen in den eigenen Reihen vorgeworfen. Zu Recht? Laut Duden bedeutet das Wort „latent“: „vorhanden, aber [noch] nicht in Erscheinung tretend; nicht unmittelbar sichtbar oder zu erfassen.“ Ein „latenter Rassismus“ meint demnach eine entsprechende Gesinnung, die faktisch existiert, obwohl sie noch nicht zwingend in der Praxis erkennbar geworden ist. Wird nun der Polizei insgesamt ein latenter Rassismus unterstellt, so wäre dies eine unglaublich pauschale und verallgemeinernde Zuschreibung. Nicht einige (wenige) Polizistinnen und Polizisten wären dann gemeint, sondern letztlich alle. Nun gibt es alleine in Nordrhein-Westfalen gut 40.000 Polizistinnen und Polizisten und etwa 10.000 Verwaltungsmitarbeiterinnen und -mitarbeiter in der Polizei. Schlummert in all denen tatsächlich ein verkappter und bislang eher heimlicher Rassist? Wohl kaum.

Zu Recht währt sich die Polizei gegen einen pauschalen Generalverdacht.

Aus meiner Sicht ist es vollkommen nachvollziehbar und richtig, dass sich Polizistinnen und Polizisten gegen einen derartigen Generalverdacht wehren. Dies gilt auch

für die abgeschwächte Variante dieser Zuschreibung, nach der zumindest eine Vielzahl der Polizistinnen und Polizisten latent rassistisch veranlagt und das Problem innerhalb der Polizei besonders groß sei. Auf welcher Grundlage soll diese massive Unterstellung überhaupt beruhen?

Nach meiner Wahrnehmung, vertreten häufig gerade solche Personen derartige Auffassungen, die von der Polizei keine vertiefte Kenntnis haben. Als hauptamtlicher Ethikdozent an der größten europäischen Hochschule für die Polizei ärgere ich mich mit Blick auf meine Studierenden über so viel Ignoranz und Gedankenlosigkeit. Was diese pauschalen Vorwürfe mit jungen Menschen machen können, die sich für den Dienst in der Polizei und damit für unser Gemeinwohl entschieden haben, zeigt in nachdrücklicher Weise das Statement eines Studenten unserer Hochschule, das in der Wochenzeitung „Die Zeit“ vom 23. Juli 2020 abgedruckt wurde. Darin wehrt er sich gegen unangebrachte Pauschalisierungen und Verurteilungen und erinnert an die Verantwortung von Medienvertreterinnen und -vertretern sowie Politikerinnen und Politikern bei öffentlichen Statements. Unbedachte Äußerungen, so sehr sie im Nachhinein auch relativiert werden, können massiv rufschädigend wirken und das Vertrauen der Bevölkerung in die Polizei schädigen. Aber er nimmt auch die Polizei selbst in die Pflicht. Diese erzeuge zu häufig den Eindruck, überhaupt nicht anfällig für Gefährdungen entsprechender Art zu sein und stets professional und gesetzestreu zu agieren. Dabei passieren auch in der Polizei Fehler und natürlich gibt es auch innerhalb der Polizei Personen, die latent rassistisch sind.

Empirische Studien zum Vorwurf des Rassismus

Strittig sind allerdings die Dimensionen dieses Problems und die Angemessenheit bisheriger Umgangsformen damit. Eine ursprünglich vom Bundesinnenministerium angekündigte Studie zum Rassismus bei der Polizei in Deutschland sollte in Bezug auf die Dimensionen für Klarheit sorgen, wird nun aber doch nicht durchgeführt. Der Bund Deutscher Kriminalbeamter hatte sich ausdrücklich dafür ausgesprochen, die anderen Polizeigewerkschaften deutlich dagegen. Auch die Länderinnenminister sind sich über die Notwendigkeit und Außenwirkung derartiger Studien auf Bundes- oder Landesebene uneins. Aus wissenschaftlicher Sicht ist dies bedauerlich, zumal sich bisherige Studien dazu, so zum Beispiel die jüngst eilig in Hessen durchgeführte, als empirisch nur bedingt aussagekräftig erwiesen haben. Am interessantesten ist in diesem Zusammenhang vielleicht ein Studie der Hochschule für Polizei und öffentliche Verwaltung NRW (HSPV NRW), die in den Jahren 2013 bis 2017 durchgeführt wurde. Gemessen wurde zu verschiedenen Zeitpunkten während des Studiums sowie nach dem ersten Berufsjahr das Ausmaß der fremdenfreundlichen bzw. -feindlichen Einstellungen bei Polizeistudierenden des Landes NRW. Daraus geht eindeutig hervor, dass bei den Polizeistudierenden zum Zeitpunkt des Studienbeginns keine erhöhte Fremdenfeindlichkeit vor-

liegt. Die erfassten Einstellungen wiesen eine der Alters- und Bildungsgruppe entsprechende Verteilung auf.

Die Polizeiausbildung fördert fremdenfreundliche Einstellungen.

Im Laufe des Studiums wurde zudem ein signifikanter Rückgang fremdenfeindlicher und eine Zunahme fremdenfreundlicher Einstellungen festgestellt. Die Autoren führen das auf die Qualität und Effektivität der Ausbildung zurück. Obwohl aus methodischer Sicht die relativ kleine Zahl der Befragten kritisch anzumerken ist, sind die Ergebnisse dennoch beachtenswert. In der öffentlichen Debatte wurden sie nach meiner Wahrnehmung bislang weitgehend ignoriert.

Auch wenn Rassismus und rechtsextreme Einstellungen innerhalb der Polizei (NRW) der HSPV-Studie folgend nur in relativ geringem Ausmaß vorkommen sollten, bleibt die Frage nach angemessenen Umgangsformen damit bestehen. Zu beachten ist dabei bereits, wie die Polizei für sich wirbt, wer sich dadurch angesprochen fühlt und wer schließlich zur Ausbildung zugelassen wird. Darüber hinaus ist zu prüfen, ob und in welcher Form die Ausbildung positiv auf die Polizeistudierenden einwirken kann. Da Polizei Ländersache ist, beziehen sich die weiteren Ausführungen schwerpunktmäßig auf die Polizei NRW. Die genannte HSPV-Studie legt zumindest den Schluss nahe, dass bei der Einstellung noch keine relevanten Fehler gemacht werden. Tatsächlich werden im Rahmen der Eignungstestung für die Polizei NRW auch charakterliche und weltanschauliche Aspekte berücksichtigt.

Rassismus als Thema in der Polizeiausbildung

Wie steht dann um die Polizeiausbildung bzw. das Polizeistudium? Als Reflex auf die zu Beginn erwähnten Polizeikandale wurde vielfach eine verbesserte Ausbildung der Polizei in Deutschland gefordert. Diese greife Themen wie Rassismus und Rechtsextremismus nicht in ausreichender Form auf. Mit Blick auf die Polizeiausbildung in NRW möchte ich diesem Eindruck klar widersprechen, was jedoch nicht bedeuten soll, dass es nicht auch in NRW noch Verbesserungsmöglichkeiten gebe. Nach meiner Wahrnehmung wird in vielen öffentlichen Debatten jedoch vernachlässigt, welche Bemühungen die Polizei bzw. das Innenministerium NRW diesbezüglich bereits unternimmt. Fragen nach persönlichen Einstellungen und Werten sowie die Auseinandersetzung mit Rassismus, Racial Profiling, Vorurteilen, kultureller Diversität und Rechtsextremismus sind fester Bestandteil des Polizeistudiums in NRW. Behandelt werden diese Aspekte insbesondere in den Fächern Ethik, Interkulturelle Kompetenz, Psychologie, Soziologie, Politikwissenschaft und Staatsrecht. Darüber hinaus absolvieren alle Polizeistudierenden einen sogenannten „Tag der Menschenrechte“ und ein mehrtägiges Training sozialer Kompetenzen. Die Themen Rassismus und Rechtsextremismus gehören zudem zu den Forschungsschwerpunkten der HSPV NRW, dies gilt insbesondere für Forschungen am Institut für Geschichte und Ethik der Polizei und öffentlichen Verwaltung sowie für Forschungen am Institut für Polizei- und Kriminalwis-

senschaften. Darüber hinaus sind die Ausbildungsbehörden der Polizei NRW vom Innenministerium dazu angehalten, neben der fachlichen auch verstärkt auf die charakterliche Eignung der Polizeistudierenden zu achten. Nachweisliche rassistische oder rechtsextreme Gesinnungen führen zur Beendigung der Ausbildung und zum Ausschluss aus dem Polizeidienst.

Ist es vor diesem Hintergrund dann berechtigt, rechtsextreme oder rassistische Vorkommnisse innerhalb der Polizei, zumindest innerhalb der Polizei NRW, als Einzel- und Ausnahmefälle zu qualifizieren. Der Bochumer Kriminologe Tobias Singelstein widerspricht dieser Einschätzung und attestiert der Polizei ein strukturelles Problem. Einzelfall oder Struktur, was ist zutreffend? Auch hier sollte einer angemessenen Einschätzung eine sprachliche Präzisierung vorgeschaltet werden. Was genau ist gemeint, wenn von einem strukturellen Problem bzw. rechtsextremen oder rassistischen Strukturen innerhalb der Polizei gesprochen wird? Soziologisch betrachtet beschreibt der Begriff „Struktur“ mehr oder weniger verfestigte Beziehungsgeflechte zwischen Akteuren, die maßregelnd und leitend für deren Verhalten sind. Einzelne Polizistinnen und Polizisten mit rechtsextremer bzw. rassistischer Gesinnung, die sich aufgrund dieser ideologischen Gemeinsamkeit als Gruppe zusammenschließen, würden die Kriterien dieses weit gefassten Strukturbegriffes durchaus erfüllen. Die oben geschilderten Vorkommnisse in der nordrhein-westfälischen und in der hessischen Polizei legen zumindest den Verdacht nahe, dass dort in diesem Sinne strukturelle Probleme vorliegen.

Strukturellem Rassismus entgegenwirken

Sofern mit dem Begriff des strukturellen Problems jedoch gemeint ist, dass rechtsextreme bzw. rassistische Strukturen derart umfänglich in der Polizei ausgeprägt und verankert sind, dass die gesamte Institution Polizei und die Mehrheit der dort arbeitenden Menschen davon wesentlich geprägt sind, wäre dies meines Erachtens nicht nur sachlich unzutreffend, sondern auch diskreditierend. Dies gilt noch einmal zugespitzt für die mögliche Unterstellung, dass derart problematische Strukturen von offizieller Seite, d.h. durch die politische und/oder polizeiliche Führung, initiiert, vorgegeben oder zumindest geduldet werden. Die oben vorgestellten Bemühungen der Polizei NRW im Rahmen der Ausbildung belegen eine andere Ausrichtung. Gleiches gilt für Maßnahmen der letzten Monate, die für die gesamte Polizei NRW ergriffen wurden, so insbesondere die Benennung von 50 Extremismusbeauftragten in allen Polizeibehörden des Landes und in der HSPV NRW sowie der groß angelegte Reflexionsprozess zur Werteorientierung in der Polizei NRW.

Auch wenn ich persönlich die Einschätzung teile, dass es sich bei Polizistinnen und Polizisten mit rechtsextremen bzw. rassistischen Überzeugungen eher um Einzel- und Ausnahmefälle handelt, halte ich es dennoch für unangebracht und naiv, netzwerkartige Strukturen im oben beschriebenen weiteren Sinne kategorisch auszuschließen.

Das Thema Rassismus in der Polizei darf nicht vernachlässigt werden.

Dafür reicht bereits der Zusammenschluss von Gleichgesinnten Personen in einer Gruppe, vielleicht sogar nur einer WhatsApp Gruppe, wie die jüngsten Ereignisse in NRW zeigen. Auch dieses Phänomen halte ich jedoch nach wie vor für ein eher seltenes, was jedoch keinesfalls verharmlosend gemeint ist. Denn tatsächlich gibt es mögliche Begleiterscheinungen der Polizeiarbeit, die die Ausprägung rechtextremer bzw. rassistischer Gedanken in besonderer Weise begünstigen können, aber natürlich nicht müssen. Zu nennen sind hier beispielsweise selektive Negativverfahren mit ausländischen Tätern, die unangemessen verallgemeinert werden und ein falsch verstandener Korpsgeist, der die polizeiinterne Loyalität höher gewichtet als eine Orientierung an Verfassungswerten und Gesetzen. Die Auseinandersetzung mit den Themen Rechtsextremismus und Rassismus und die Reflexion über deren polizeiliche Relevanz sollte daher innerhalb der Polizei nicht vernachlässigt werden. Dies gilt gleichermaßen für die Ausbildung wie auch für die anschließende berufliche Praxis.

Hoher Anspruch an Polizeiarbeit

Dem ein oder anderen mag das „zu viel des Guten“ sein, schließlich wird bei anderen Berufsgruppen auch nicht so akribisch auf die weltanschauliche Gesinnung geachtet. Mag sein. Aber Polizistinnen und Polizisten stehen in herausgehobener Weise für die Befolgung und Verteidigung der Werte unserer Verfassung ein. Dies schwören Sie bereits in Ihrem Diensteid. Sie haben zudem massive rechtliche Befugnisse zur Einwirkung in persönliche Lebensbereiche und können dabei erhebliche polizeiliche Einsatzmittel anwenden. An Menschen mit einer so starken Repräsentationsfunktion, Machtfülle und Verantwortung werden vollkommen zu Recht höhere Ansprüche erhoben.

Der Autor, Prof. Dr. Christoph Giersch, ist katholischer Diplomtheologe und promovierter Sozialethiker. Seit 2011 ist er Professor für Ethik an der Hochschule für Polizei und öffentlichen Verwaltung NRW (HSPV NRW). Von 2013 bis 2019 hatte er gemeinsam mit einem Kollegen die Funktion des Landesfachkoordinators inne. Er ist Mitbegründer und aktueller Vorstandssprecher des Instituts für Geschichte und Ethik der Polizei und öffentlichen Verwaltung an der HSPV NRW. Zudem wurde er 2019 in den Senat der Hochschule gewählt.

Nach dem Studium in Münster und Bochum arbeitete Christoph Giersch elf Jahre im kirchlichen Dienst. Davon war er neun Jahre lang Dozent für Ethik an der Akademie des Bistums Essen, „Die Wolfsburg“ in Mülheim.

Als Polizei sind wir auf Konfliktlagen vorbereitet

Fragen an den Dortmunder Polizeipräsidenten Gregor Lange

*Herr Lange, wie reagieren ihre Mitarbeiter*innen auf die öffentlichen Diskussionen über Polizeigewalt in den USA und die Vorwürfe rechtsextremistischer Netzwerke in der Polizei? Belastet die Debatte die Stimmung innerhalb des Polizeipräsidium?*

Die beklemmenden Vorfälle von Polizeigewalt in den USA lösen auch bei meinen Beamtinnen und Beamten Bestürzung und Unverständnis aus. Die aufgedeckte Beteiligung von deutschen Polizeibeamten an rechtsextremistischen Netzwerken empfinden wir als schwere Hypothek für unseren tagtäglichen Einsatz gegen rechtsextremistische Straftäter, der in Dortmund sehr erfolgreich ist. Unsere Einsatzkräfte haben einen Anspruch darauf, dass sie von der Polizeiführung gegen pauschale, undifferenzierte Kritik in Schutz genommen werden und dass wir gegen die, die unseren guten Ruf als Polizei beschädigen, konsequent vorgehen. Rechtsextremisten haben bei der Polizei nichts zu suchen.

*Polizist*innen kommen in der Regel bei Konflikten ins Spiel: bei Delikten, Streit und Ordnungswidrigkeiten. Wie erleben Sie die Akzeptanz der Polizei bei der Bevölkerung in der alltäglichen Arbeit in Dortmund.*

Aus Umfragen wissen wir: Eine überwältigende Mehrheit der deutschen Bevölkerung vertraut ihrer Polizei. Unsere Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten in NRW werden in einem Bachelor-Studiengang über drei Jahre professionell ausgebildet und anschließend regelmäßig, z. B. in Einsatztrainings, fortgebildet. Das ist eben ein entscheidender Unterschied zu den USA, wo Polizisten oft schon nach einigen Wochen fertig ausgebildet sind. Häufig erfahren unsere Kolleginnen und Kollegen im Einsatz auch direkten Zuspruch aus der Bevölkerung. Leider gibt es aber auch zunehmend Respektlosigkeiten bis hin zu Übergriffen auf unsere Kräfte. Das ist nicht akzeptabel und auch



Der Jurist Gregor Lange leitet seit März 2014 das Polizeipräsidium Dortmund. Gemeinsam mit rund 3.000 Mitarbeiter*innen ist er für Sicherheit und Ordnung in Dortmund und Lünen verantwortlich. Seit 2017 leitet er zudem die Arbeitsgemeinschaft der Polizeipräsidenten Deutschlands.

hier sehe ich eine wichtige Aufgabe von Führung darin, unsere Einsatzkräfte zu schützen.

Wie reagiert die Polizei in Dortmund intern auf solche Belastungen und Anfeindungen im Einsatz?

Unsere Einsatzkräfte werden auf entsprechende Lagen eingehend vorbereitet. Unsere Direktion Gefahrenabwehr und der Staatsschutz erstellt auf die konkrete Lage bezogene Gefahrenprognosen. Es wird dann ein spezielles Einsatzkonzept aufgestellt, dass in Einsatzbesprechungen vermittelt und in einem Einsatzbefehl niedergelegt wird. Als Polizei sind wir darauf vorbereitet, mit Konfliktlagen umzugehen. Gäbe es keine Konflikte und keine Straftaten, bräuchten wir keine Polizei. Darüber hinaus steht für die Aufarbeitung besonders belastender Einsätze ein Netzwerk von ausgebildeten Opferschützern, Psychologen und Polizeiseelsorgern unterstützend zur Seite. Diese Zusammenarbeit ist für meine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter oft eine willkommene Hilfe.

<< Der Autor



EIN BEITRAG ZU MEHR BILDUNGSGERECHTIGKEIT!

10 JAHRE BENEVOLENS – EINE ZWISCHENBILANZ



Preisverleihung beim 4. Dortmunder Stiftungstag: Der Dortmunder Oberbürgermeister Ulrich Sierau mit Kommende-Direktor Prälat Dr. Peter Klasvogt, dem Vorsitzenden von beneVolens, Erich G. Fritz, und Thomas Westphal, Leiter der Dortmunder Wirtschaftsförderung (v.l.).

Was haben ein Dortmunder Hauptschüler, eine Gymnasiastin des Mariengymnasiums in Arnsberg, ein polnischer Jugendlicher aus einer Einrichtung für geistig Behinderte und ein Stipendiat der Studienstiftung des deutschen Volkes gemeinsam? Die Arbeit der Kommende-Stiftung beneVolens führt sie alle zusammen.

„Jugend fördern. Zukunft gestalten.“ Mit diesem Auftrag wurde die Kommende-Stiftung beneVolens im November 2009 anlässlich des 60jährigen Jubiläums der Kommende Dortmund durch den Verein der Freunde und Förderer der Kommende e.V. ins Leben gerufen. beneVolens – der Name ist Programm. Den Jugendlichen mit Wohlwollen begegnen und sie in ihrer Persönlichkeitsbildung unterstützen ist das Ziel der Bildungsangebote von beneVolens. Die Arbeit zeichnet sich zudem durch niederschwellige Angebote aus, die den Jugendlichen einen direkten Zugang zur politischen Bildung ermöglichen. Selbst aktiv zu werden, Motivation und Befähigung zu gesellschaftlichen Teilhaben stehen hier im Fokus. Hierzu müssen die Referentinnen und Referenten die Verbindungen zwischen den individuellen Lebensthemen und gesamtgesellschaftlich relevanten politischen Entwicklungen herstellen und vermitteln.

Schwerpunkt der Arbeit von beneVolens bildet die Arbeit mit bildungsbenachteiligten Jugendlichen – häufig auch aus sozialen Brennpunkten. Das Herz der Stiftungsarbeit

bildet das Soziale Seminar, mit dem die Persönlichkeitsentwicklung junger Menschen gefördert und dadurch ihr Selbstwertgefühl und Selbstbewusstsein gestärkt werden soll. Durch eine erlebnisorientierte, aktive Wissensvermittlung werden die Jugendlichen für Fragen rund um Politik, Wirtschaft und das gesellschaftliche und solidarische Zusammenleben begeistert. Daneben stehen Themen wie Ziele für nachhaltige Entwicklung (SDGs), Globalisierung, Klimawandel, Suchtprävention oder Rassismus im Fokus. Methodisch eng verzahnt mit der Wissensvermittlung sind Elemente der Persönlichkeitsstärkung und Trainings zu sozialen Kompetenzen. Durch die Herausforderungen unserer Zeit wird es für ihr oftmals kompliziertes soziales Umfeld schwerer, sie angemessen auf ihrem Weg zu unterstützen. Im Sozialen Seminar erfahren die Jugendlichen eine neue Form der Wertschätzung. Unverzichtbar ist hierfür das personale Angebot, in dem die Referentinnen und Referenten die Jugendlichen nicht als Problemfälle wahrnehmen, sondern ihnen wertschätzend begegnen. Ergänzt wird dieses Angebot durch Projektstage zum Einstieg in die Arbeitswelt, bei denen die Jugendlichen auf ihre Kompetenzen aufmerksam gemacht und unterstützt werden diese Fähigkeiten weiter auszubauen, um so ihre Chancen auf einen Ausbildungsplatz zu erhöhen.

Neben den Sozialen Seminaren und Projekttagen zum Einstieg in die Arbeitswelt, hat beneVolens in den vergangenen Jahren auch einen wirtschaftsethischen Schwerpunkt aufgebaut, der sich durch das mehrfach ausgezeichnete Projekt des Entrepreneurship-Seminars „Hauptschüler*innen als Unternehmer*innen“ und das Projekt „Wirtschaftsethik an Schulen in der Region Ruhr“ niederschlägt. Eine Besonderheit dieser Arbeit ist, dass bei den wirtschaftsethischen Projekten Studentinnen und Studenten die Projekte begleiten, die häufig selbst aus einem gut situierten Umfeld stammen. Auf diese Weise begegnen sich bei diesen Projekten bildungsbenachteiligte Jugendliche und Stipendiatinnen und Stipendiaten, die sonst eher wenig Berührungspunkte in ihrem Alltag haben. Die gemeinsame Praxis führt zueinander.

Doch das Engagement von beneVolens beschränkt sich nicht nur auf die Region Ruhr, sondern besitzt auch europäische Dimensionen. Seit 2012 finden jugendsoziale Projektwochen in Mittel- und Osteuropa statt, bei denen lokale soziale Herausforderungen mit den Jugendlichen vor Ort thematisiert werden und gemeinsam Lösungen erarbeitet werden. So besteht zum Beispiel seit vielen Jahren eine Kooperation mit der Arche in Polen, einer Initiative für geistig Behinderte Kinder und Jugendliche, die durch Teilneh-



Referent*innen in einer erlebnispädagogischen Übung.

merinnen und Teilnehmer der jugendsozialen Projektwochen regelmäßig besucht werden. Der Erfolg dieses osteuropäischen Engagements führte zur Gründung eines eigenen Vereins „socioMovens – Giving Europe a Soul“. Mittlerweile haben über 45 jugendsoziale Projektwochen in acht Ländern Mittel- und Osteuropas stattgefunden. beneVolens fördert die Arbeit socioMovens auch weiterhin finanziell und ideell.

„Jugend fördern. Zukunft gestalten“ – die Kommende-Stiftung setzt den Anspruch auf vielfältige Weise um. Ein Zeichen der Wertschätzung dieser Arbeit erhielt beneVolens am 28. Februar 2020 im Rahmen des 4. Dortmun-

der Stiftungstags als sie mit dem Förderpreis des Dortmund-Stiftungstags ausgezeichnet wurde.

Übergeben wurde der mit 3.000 Euro dotierte Preis durch Dortmunds Oberbürgermeister Ullrich Sierau. Dieser zeigte sich begeistert von der Arbeit der Stiftung und verwies auf deren Relevanz für die Stadt: „Soziale Schieflagen werden oft vererbt, nicht absichtlich, aber faktisch. Viele Kinder, gerade in der Nordstadt Dortmunds, brauchen Hilfe, Paten und Mentoren auf ihrem Weg durch das Bildungssystem. Hier tut sich einiges und es gibt bereits tolle Projekte, doch noch so viel mehr Bedarf“. Ausschlaggebend für die Jury war dabei besonders das Engagement der Stiftung zum Abbau von Chancenungleichheiten im Bildungssystem. Zudem hob Sierau hervor, dass beneVolens als eher kleinere Stiftung mit wenig Kapital sehr viel erreicht.

Alle Angebote von beneVolens stellen den einzelnen Menschen mit seiner Persönlichkeit in den Mittelpunkt sozialer und politischer Zusammenhänge. Sie befähigen die Jugendlichen zur gesellschaftlichen Teilhabe. Auf diese Weise leistet beneVolens einen Beitrag zu mehr sozialer Gerechtigkeit – eine Investition in die Zukunft.



beneVolens

Kommende-Stiftung Dortmund

*Jugend fördern.
Zukunft gestalten.*

beneVolens freut sich über Unterstützung:

Kommende-Stiftung beneVolens

Stichwort „Stiftung“

Bank für Kirche und Caritas Paderborn

IBAN: DE25 4726 0307 0017 8503 00

BIC: GENODEM1BKC

www.benevolens.de

Die Stiftung fördert:

- Soziale Seminare
- Berufliche Integration von Hauptschülern
- Das Entrepreneurship-Seminar
- Seminare zur Suchtprävention
- Soziale Jugendprojektwochen



Katholische Akademie
Schwerte

*Tagen und
Übernachten in
gehobenem Ambiente*

Nähere Informationen unter:
belegung@akademie-schwerte.de
oder unter
02304 477-505

www.akademie-schwerte.de

Träger: Institut
Paderborn

Vom Schneider im Irak zum Elektriker in Deutschland

Fünf Jahre ist her, als Hunderttausende von Menschen auf der Flucht in Deutschland ankamen. Anders als düstere Parolen vorhersagten: Die Integration der Geflüchteten in Deutschland ist in weiten Teilen gelungen. Wären da nicht die fremdenfeindlichen Übergriffe und populistische Hetzkampagnen, könnte man eigentlich mit Stolz sagen: Deutschland kann Integration.

Ein Beispiel ist Sarkawt Hama Amin, der gerade seine Ausbildung zum Industrieelektriker Fachrichtung Betriebstechnik bei der Klöpper Elektrotechnik GmbH & Co. KG in Dortmund erfolgreich abgeschlossen hat und vom Betrieb übernommen wurde. Hama Amin stammt aus dem Irak, nahe der Grenze zum Iran. Nach elf Jahren Schule arbeitete er als Schneider im elterlichen Betrieb. Als die politische Situation unerträglich wurde, hat er sich auf den Weg nach Deutschland gemacht, zu Fuß über die Balkanroute. Gelandet ist er in Dortmund, untergekommen in der Flüchtlingsunterkunft der Kommende Dortmund.



Sarkawt Hama Amin mit dem Projektingenieur und Ausbildungs-koordinator Joachim Agethen

Eigentlich hatte er gedacht, auch in Deutschland als Schneider zu arbeiten. Schnell musste er feststellen, dass dies in Deutschland keine Perspektive hat. „Wichtig war in dieser Situation“, so der heute 29-jährige Iraker, „dass eine Mitarbeiterin der Kommende Dortmund uns in den ersten Jahren begleitet hat.“ Im Gespräch mit ihr ergab sich die Ausbildung zum Beruf Elektriker. Über Kontakte der Kommende Dortmund zu Klöpper erhielt er die Chan-

ce zu einem Praktikum, um diesen Beruf kennen zu lernen. Schon nach einem Monat wurde aus dem Praktikum eine Einstiegsqualifizierung, dann die Übernahme in die Ausbildung, jetzt die Anstellung.

Ob er sich noch an seinen ersten Arbeitstag erinnern kann? „Ich konnte ja erst wenig Deutsch sprechen. Aber ich bin freundlich aufgenommen worden, ein Meister zeigte mir, wie die Werkzeuge auf Deutsch heißen. Danach musste ich einen Test ausfüllen. Abschließend hatte ich ein Gespräch mit unserem Geschäftsführer Martin Hölscher und ich durfte das Praktikum machen“, so Hama Amin. Sein Ausbildungskoordinator Joachim Agethen erläutert: „Der Test ist für unser Unternehmen wichtig, um ein Gefühl dafür zu bekommen, dass die Grundvoraussetzungen für den Beruf gegeben sind.“ Die größte Herausforderung war die Sprache. Ansonsten war Hama Amin ein vorbildlicher Auszubildender: fleißig, pünktlich, mitdenkend, sehr respektvoll im Umgang mit den Kollegen, so Joachim Agethen. „Leider erleben wir im gewerblich-technischen Bereich oft ein anderes Verhalten. Vielleicht lag es aber einfach daran, dass Herr Hama Amin schon älter war.“

Hama Amin gefällt es im Unternehmen sehr gut. „Die Kollegen sind super und hilfsbereit.“ Um seine mathematischen Defizite zu beheben, haben sie zwei Wochen Intensivunterricht organisiert. Auch die Zeit in der Berufsschule war gut. Auch hier waren die sprachlichen Probleme die größte Schwierigkeit, weil sie die sozialen Kontakte erschwerten. Dann der Schock in der Abschlusssprüfung: Die Aufgaben waren voll mit unbekannten deutschen Wörtern. Aber Herr Hama Amin hat die Situation wie die gesamte Ausbildung super gemeistert, erzählt sein Ausbildungskoordinator nicht ohne Stolz.

Für Martin Hölscher gehört es zur sozialen Verantwortung des Unternehmens, jungen Menschen gleich welcher Herkunft eine berufliche Perspektive zu bieten. Aber ganz uneigennützig ist das Engagement nicht. Gerade im gewerblich-technischen Bereich ist es sehr schwer, geeignete Mitarbeiter zu finden. „Wir investieren daher bewusst in die Ausbildung und unterstützen die Auszubildenden mit fachlichem Unterricht, sozialer Begleitung und einem angenehmen Betriebsklima. Die größte Herausforderung des Fachkräftemangels ist es aber, Mitarbeiter langfristig an das Unternehmen zu binden.“

Hama Amin wohnt seit 2018 in einer eigenen Wohnung. Arbeitsbeginn ist um 6:30 Uhr. Um zur Arbeit zu kommen, fährt er mit der U-Bahn und hat dann noch einen Fußweg von 15 Minuten. Zu den anderen Geflüchteten, mit denen er drei Jahre in der Flüchtlingsunterkunft gelebt hat, hat er keinen Kontakt mehr. Wir haben alle unsere eigenen Wege gefunden. Aber ich habe jetzt neue Freundeskreise. Und seine berufliche Zukunft? „Viele Jahre bei Klöpper arbeiten!“

KIRCHENMAGAZINE ONLINE

www.derdom.de



- Grundeinkommen und katholische Soziallehre
- Antwort auf aktuelle Herausforderungen

Kartonierte | 174 Seiten
€ 18,90
ISBN 978-3-89710-829-5

Arbeit und soziale Sicherung gelten als Grundlagen einer sozial befriedeten Gesellschaft. Mit ihrem Einsatz für ein Garantiertes Grundeinkommen setzt die KAB ein Zeichen für die Zukunft.

Verschiedene Autorinnen und Autoren beleuchten das Thema aus unterschiedlichen Perspektiven.

Hier ist das Buch erhältlich:

☎ 05251 153-171 🌐 www.bonifatius-verlag.de 🏠 Buchhandel

EIN HAUS FÜR ALLE!

*Für Sie und uns,
für Trauer und
Zuversicht.*



**NEU-
Eröffnung**

0231 / 56 22 93-33

Filiale Wambel/Stadtkrone Ost: Am Gottesacker 52 • Dortmund
Filiale Brackel: Brackeler Hellweg 51 • Dortmund
Filiale Asseln: Asselner Hellweg 121 • Dortmund

www.weber-bestattungen.de

eine gemeinsame Sache
**HAUS Am Gottesacker
und BESTATTUNGEN Weber**
Friedhofsgärtner Dortmund eG



Aus Liebe zur Farbe – seit 1923

- Kirchenrestaurierungen
- Vergoldungen
- moderne Maltechniken
- Malerarbeiten aller Art
- Fassadendämmungen
- Glaserarbeiten

Zertifiziert nach SCC** und präqualifiziert nach VOB



Kohlenstraße 15
44795 Bochum
Tel: 0234 | 94 39 2-0
www.mohr-maler.de



„Die Frauen sind nicht genug geschützt“

Interview zu fairen Arbeitsbedingungen in der häuslichen Seniorenbetreuung

Hunderttausende Frauen aus Mittel- und Osteuropa pflegen in deutschen Haushalten Senioren, oft 24 Stunden am Tag – ohne gerechte Entlohnung. Was viele einfach hinnehmen, wollte Dobrina D. sich nicht gefallen lassen. Die bulgarische Seniorenbetreuerin bekam 1000 Euro Netto monatlich für eine 30-Stunden-Woche, obwohl sie rund um die Uhr im Einsatz war. Sie ging vor Gericht und bekam Recht. Im August 2020 hat das Landesarbeitsgericht Berlin-Brandenburg das Urteil in zweiter Instanz bestätigt. Darin liegt das Potenzial, eine ganze Branche zu verändern. Eine Branche, die auf der Ausbeutung ausländischer Betreuungskräfte beruht: Weder bezahlter Urlaub, Lohnfortzahlung im Krankheitsfall oder Kündigungsschutz stehen in ihren Verträgen. Das DGB-Projekt „Faire Mobilität“ berät diese „Live-in-Kräfte“ und unterstützt sie dabei, ihre Rechte einzufordern. Im Mai 2020 führte die Kommende-Mitarbeiterin Claudia Schwarz ein Gespräch mit Justyna Oblacewicz, Referentin in diesem Projekt. (Die Langfassung des Interviews wurde veröffentlicht im Heft „Pflegearbeit“ in Amosinternational 2/2020; www.amosinternational.de)

Claudia Schwarz: Viele Care-Arbeiterinnen aus Mittel- und Osteuropa sind „Live-in-Kräfte“ und sollen sogenannte 24-Stunden-Betreuung leisten. Was sind die Herausforderungen einer solchen Tätigkeit?

Justyna Oblacewicz: Die sogenannte 24-Stunden-Betreuung bzw. das „Rund-um-die-Uhr-sorglos- Paket“ ist genau das Stichwort: In diesem Arrangement verschwimmen die Grenzen zwischen Arbeitszeit, Bereitschaftszeit und Freizeit komplett, zu Ungunsten der arbeitsfreien Zeit. Das wird häufig von den Betreuungskräften selbst nicht gesehen. Sie kümmern sich um die ältere Person, zu der sie auch ein emotionales Verhältnis aufbauen, der gegenüber sie sich loyal fühlen. Dann ist es häufig so, und das spielt den Agenturen, die die Kräfte vermitteln, in die

Hände, dass die Frauen zwar bis zu 40 Stunden die Woche bezahlt werden, aber tatsächlich viel mehr arbeiten, denn Bereitschaftszeit ist auch Arbeitszeit. Das können sogar 24 Stunden am Tag sein, wenn die pflegebedürftige Person auch in der Nacht Hilfe braucht und die Betreuungskraft zur Verfügung stehen muss. Es entsteht eine Erwartungshaltung, weil die Betreuungskraft in gewisser Weise auch zum Familienmitglied wird. Die Situation führt dazu, dass der Lohn, den die Frauen erhalten, weit unter dem gesetzlichen Mindestlohn in Deutschland liegt. Dieser müsste nicht nur für jede gearbeitete Stunde, sondern auch für jede Bereitschaftsstunde gezahlt werden. Das passiert aber nicht, weil zu wenig geklagt wird.

Ein weiteres Problem ist das „Dokumentationsproblem“: Absprachen werden, wenn überhaupt, mündlich getroffen. Im Zweifel ist es die Betreuungskraft, die vor Gericht Belege erbringen muss. Das ist besonders schwierig, wenn es keine Zeugen gibt. Für die Familie gilt außerdem der Vertrag mit der Agentur in Deutschland, für die Betreuungskraft der Vertrag mit einer polnischen Agentur. In diesem Vierecks-Verhältnis werden bei Problemen verschiedene Ansprechpartner für die Beteiligten ausgewiesen. Das ist kompliziert, aber von den Agenturen eben so gewollt, damit es ein grauer, unregulierter Bereich bleibt.

Können Sie diese Form des Arbeitsverhältnisses näher erläutern?

Erstens muss klargestellt werden, dass es sich aus gewerkschaftlicher Sicht bei dieser Form der Beschäftigung eigentlich um ein abhängiges Arbeitsverhältnis handelt. Das heißt: Es gibt auf der einen Seite die Familie oder die zu pflegende Person, die bestimmt, was wann gemacht werden muss. Auf der anderen Seite steht die Arbeitnehmerin, die diese Tätigkeiten ausführt. Wir helfen den Arbeitnehmerinnen dabei, sich gegen unrechtmäßige Kündigungen zu wehren oder nicht gezahlten Lohn einzufordern.



Das ist deshalb wichtig zu sagen, weil wir es überwiegend mit sogenannten Dienstleistungsverträgen zu tun haben, welche zwischen der Betreuungskraft und einer Entsorgungsfirma in Polen geschlossen werden. Während in Deutschland zwischen abhängiger Beschäftigung und Selbstständigkeit unterschieden wird, gibt es in Polen eine Art „Zwischenform“. Bei den Dienstleistungsverträgen handelt es sich nach außen hin um eine „legalisierte“ Beschäftigung; wir denken aber, dass diese Form nicht legal sein kann. In Polen wird diese Art von Vertrag nicht umsonst „Müllvertrag“ genannt. Diese Vertragsform bietet rechtliche Schlupflöcher zum Nachteil der Betreuungskräfte. Sie tragen das gesamte Risiko, haben keinen Anspruch auf bezahlten Urlaub oder auf Entgeltfortzahlung im Krankheitsfall. Auch gibt es keinen Kündigungsschutz. Bei Problemen werden die Frauen deshalb nach Hause geschickt und durch eine neue Betreuungskraft ersetzt; sie müssen sehen, wo sie bleiben. Angrenzend an die Schwarzarbeit bewegt sich dieses System im rechtlich dunkelgrauen Bereich. Schwarzarbeit ausgenommen, ist das Modell des Dienstleistungsvertrages in der Regel das günstigste – und zwar deshalb, weil die Frauen von den genannten Rechten ausgenommen sind und das häufig nicht einmal wissen.

Durch die 24-Stunden-Betreuung sind die Arbeitsbedingungen prekär. Woran liegt es, dass viele Live-in-Kräfte

mit Migrationshintergrund Hemmungen haben, sich Hilfe zu suchen?

Viele Frauen glauben, dass es ihnen nur in Polen möglich ist, ihre Rechte durchzusetzen. Das ist nicht der Fall. Aber die Vorstellung, vor ein deutsches Gericht ziehen zu müssen, macht ihnen Angst. Oft reichen die Deutschkenntnisse nicht für die Teilnahme an einem Verfahren. Zudem scheuen sie das Kostenrisiko, das mit einem Verfahren einhergeht, in das ein Anwalt, Dolmetscher etc. mit eingebunden sind. Des Weiteren wollen die Betreuungskräfte oft nicht gegen die Familien vorgehen, aufgrund der gewachsenen emotionalen Verbundenheit und Loyalität diesen gegenüber.

Es gab einen Prozess in Berlin, in dem eine bulgarische Pflegerin auf Lohnnachzahlung klagte und Recht bekam. Können Sie uns diesen Fall schildern? Wie ist der derzeitige Stand? Handelt es sich dabei um einen Präzedenzfall?

In dem Prozess geht es um die Frage nach Arbeits- und Bereitschaftszeit. Die bulgarische Betreuerin ging nach Ende ihres Beschäftigungsverhältnisses zur Beratung. Dort wurde ihr erklärt, dass nicht nur die im Arbeitsvertrag vereinbarte Zeit von 30 Stunden zu bezahlen sei, sondern auch jede Stunde darüber hinaus, darunter die Stunden im Bereitschaftsdienst. Sie hatte ihre Arbeitsstunden aufgeschrieben und klagte mit Hilfe einer Anwältin. Das Gericht hat die Lohnansprüche für bis zu 24 Stunden pro



Justyna Oblacewicz arbeitet seit über vier Jahren als Referentin im DGB-Projekt „Faire Mobilität“, Berlin. Davor war sie als Beraterin für polnisch-sprachige Ratsuchende tätig.

Tag als begründet angesehen und ihr in erster Instanz Recht gegeben. Es wurde eine 24-Stunden-Verfügbarkeit von ihr erwartet, aber nicht vergütet. Das erstinstanzliche Urteil ist noch nicht rechtskräftig, da der Arbeitgeber, eine Vermittlungsfirma aus Bulgarien, Berufung eingelegt hat. Wenn das Urteil in zweiter Instanz bestätigt wird, wäre dies ein bahnbrechendes Urteil, das deutlich macht, dass es im Bereich der häuslichen Betreuung und Pflege dringenden Regulierungsbedarf gibt. Das Urteil würde vielleicht andere Betreuungskräfte ermutigen, ebenfalls ihre Rechte einzuklagen. Voraussetzung dafür ist allerdings, dass die Arbeitszeiten durch die Betreuungskraft sehr ausführlich und gut dokumentiert sind: Was habe ich wann getan? Wer hat mich angewiesen? Häufig machen die Frauen sich diese Notizen nicht. Hier wäre eine Beweislastumkehr sehr hilfreich. Das würde bedeuten, dass der Arbeitgeber nachweisen müsste, dass die dar-gelegten Stunden nicht geleistet wurden. Auch ein erleichterter Zugang zur Gerichtsbarkeit wäre von Nöten. Für jemanden aus einem anderen Land ist es ohne anwaltliche Unterstützung fast unmöglich vor Gericht zu gehen – und das, obwohl in der ersten Instanz keine Anwaltspflicht besteht.

Was wünschen Sie sich für die Zukunft der Live-ins? Was können Politik und Gesellschaft tun?

Wir wünschen uns vor allem eine Regulierung des Marktes. Ein klares Bekenntnis dazu, dass es sich hierbei nicht

um selbstständige Tätigkeit, sondern um ein klassisches Arbeitsverhältnis handelt, mit allen rechtlichen Konsequenzen. Die „Müllverträge“ sind sehr kritikwürdig und müssen mindestens reguliert, wenn nicht sogar in bestimmten Bereichen ganz abgeschafft werden.

Für die Frauen wünschen wir uns, dass sie sich stärker organisieren, zum Beispiel in Gewerkschaften.

Es ist auch zu überlegen, wie der Zugang zur Gerichtsbarkeit vereinfacht werden kann, zum Beispiel durch eine Beweislastumkehr oder die Möglichkeit einer Verbandsklage. Wir brauchen mehr richtungsweisende Urteile, so dass es zu Veränderungen in der Branche kommt. Mit Blick auf die Familien mit pflegebedürftigen Angehörigen braucht es auf jeden Fall eine Reform der Pflegeversicherung, etwa ein Einkommensausfallgeld für Angehörige, um finanziell abgesichert zu sein, wenn man Angehörige zu Hause pflegt. Aktuell ist es leider so, dass das Pflegegeld mitverwendet wird, um die Live-in-Arrangements zu finanzieren. Auch braucht es mehr Kontrollinstrumente, um sicherzustellen, dass Betreuung in den eigenen vier Wänden eine gute und faire Arbeit ist, von der beide Seiten profitieren – sowohl die Betreuungskraft als auch die Familie.

Und schließlich muss klargestellt werden, dass eine 24-Stunden-Betreuung mit nur einer Betreuungskraft nicht legal ist. Jede Agentur, die damit wirbt, gaukelt den Familien etwas vor, das für alle Beteiligten hochriskant ist.

Angelika Niebler erhält Wilhelm-Weber-Preis

Ehrung für langjähriges Europaengagement

Trägerin des Wilhelm-Weber-Preises 2020 ist die Europaabgeordnete und stellvertretende CSU-Vorsitzende Prof. Dr. Angelika Niebler. Die Juristin, Hochschullehrerin und Politikerin wird mit dem Preis für ihr langjähriges Engagement im europäischen Einigungsprozess und für eine stärkere Beteiligung von Frauen in politischen Ämtern geehrt. Der Preis, der an den Theologen und Sozialwissenschaftler Wilhelm Weber erinnert, wurde Prof. Niebler im Juni über-

reicht. Ab 2021 wird die Kommende Dortmund die Trägerschaft des Preises übernehmen.

„Angelika Niebler ist eine christliche, europäische, soziale Marktwirtschaftlerin. Eine überaus erfolgreiche Frauenpolitikerin. Moderatorin und Machtmanagerin. Und streitbare Kämpferin.“ Mit diesen Worten fasste der Publizist Ulrich Reitz in seiner Laudatio die Arbeit von Prof. Niebler zusammen. In ihrer Dankesrede in der Feierstunde in München betonte die Europapolitikerin die Frage nach den Werten, die unser Handeln orientieren. Die Corona-Krise belege dies gerade anschaulich. Die soziale Verantwortung für den Nächsten müsse unser Handeln bestimmen. Das Preisgeld wurde auf Wunsch von Prof. Niebler an die Jugendhilfe-Einrichtung Schloß Zinneberg überwiesen, eine Stiftung in Trägerschaft der Schwestern vom guten Hirten. Der Wilhelm-Weber-Preis wurde zum zwölften Male verliehen. Er ist eine private Initiative der Familie des verstorbenen Prof. Dr. Heinz-Josef Kiefer, langjähriger Vorsitzender des Ruhrinstituts für gesellschaftspolitische Forschung und Bildung in Essen. Der Preis erinnert an den 1983 verstorbenen Sozial- und Wirtschaftsethiker Wilhelm Weber. Weber hatte als direkter Nachfolger des Kardinals Joseph Höffner fast 20 Jahre den traditionsreichen Lehrstuhl für Christliche Sozialwissenschaften in Münster inne. Mit dem Preis werden Personen und Institutionen gewürdigt, die sich um die christliche Gesellschaftslehre in Theorie und Praxis verdient gemacht haben.



Im kommenden Jahr wird der traditionsreiche Wilhelm-Weber-Preis in die Trägerschaft der Kommende Dortmund übergehen. Über die Preisvergabe selbst entscheidet ein unabhängiges Kuratorium.

Auszeichnung für Peter Klasvagt

SocioMovens erhält Salzburger Dialogpreis

Der Direktor der Kommende Dortmund, Prälat Dr. Peter Klasvagt, ist der Preisträger des „Hans-Walter Vavrosky Dialogpreis zur Förderung des offenen Dialogs von Kirchen und Gesellschaft“ 2019. Mit dem Preis wird das Engagement von Peter Klasvagt und der Kommende-Initiative socioMovens für den innovativen, konkreten und umgesetzten Beitrag der gelungenen Kooperation für ein solidarisches Europa gewürdigt.

Der Dialogpreis wird vom Konferenz- und Tagungshaus St. Virgil Salzburg jährlich verliehen. Das Unternehmen in Trägerschaft der Erzdiözese Salzburg ist bekannt als Ort für den offenen Dialog von Kirchen, Religionen und Gesellschaft. Die Projekte und Angebote der Einrichtung gelten als richtungsweisend für die Erwachsenenbildung im deutschsprachigen Raum. Der Name des Dialogpreises erinnert an Prälat Hans-Walter Vavrosky, der über 30 Jahre

als Leiter das gemeinnützige Unternehmen St. Virgil Salzburg prägte.

Für Peter Klasvagt und socioMovens ist der Dialogpreis nach der Verleihung des Konstanzer Konzilspreises im Jahr 2017 die zweite überregionale Auszeichnung. Die Kommende Dortmund und der Verein socioMovens e.V. fördern das jugendsoziale Engagement in Ost- und Mitteleuropa. Mittlerweile wurden über 40 jugendsoziale Projektwochen mit über 750 jungen Menschen in osteuropäischen Ländern vor Ort durchgeführt. Internationale Jugendtreffen fördern die europäische Begegnung und den konkreten Einsatz für ein soziales Europa. Aufbauend auf den bisherigen Erfolgen engagiert sich socioMovens aktuell für tragfähige Netzwerke und nachhaltige Strukturen jugendsozialer Bildung in Ost- und Mitteleuropa.

Info: www.sociomovens.net



AMOSINTERNATIONAL ZU FRIEDENSETHIK

Konflikte zwischen Staaten, gewaltsame regionale Auseinandersetzungen, Kämpfe im Zuge der negativen Folgen des Klimawandels sowie der Zusammenhang von Religion und Gewalt: Die Friedensethik steht gegenwärtig vor vielen Herausforderungen. Das neue Heft Amosinternational 3/2020 beleuchtet das Thema aus verschiedenen sozialetischen Perspektiven und entwirft Konzepte eines Friedens, der mehr sein soll als die Abwesenheit von Krieg.

Markus Vogt (München) plädiert dafür, Versöhnung in die Reihe der katholischen Sozialprinzipien aufzunehmen. Petra Steinmair-Pösel (Feldkirch) entwickelt eine „Friedensethik im Anthropozän“. Wolfgang Palaver (Innsbruck) thematisiert den Zusammenhang von Religion und Gewalt und Johannes Frühbauer (Heidelberg/Augsburg) stellt die Konzeption des gerechten Friedens vor. Schließlich widmet sich Marco Schrage (Hamburg) einer friedensethischen Reflexion der Außen- und Sicherheitspolitik der Europäischen Union mit einem Schwerpunkt auf dem Engagement in Mali.

Zu den profiliertesten Friedensethikern der deutschsprachigen theologischen Ethik gehörte der kürzlich verstorbene Eberhard Schockenhoff. Herausgeber und Redaktion von Amosinternational widmen ihm deshalb diese Ausgabe.

Weitere Infos und Heftbestellung: www.amosinternational.de



INGENBLEEK
Malerbetrieb

ARMIN INGENBLEEK
MALERBETRIEB GMBH
Brackeler Hellweg 66
44309 Dortmund
Telefon: 02 31 25 24 26
www.ingenbleek-malerbetrieb.de

WIR LEBEN HANDWERK
www.handwerksgruppe.de



EPOCHENwandel

Auf der Suche nach einer neuen Erzählung

Unter dem Stichwort „Epochenwandel“ (Papst Franziskus) geht der Direktor der Kommende Dortmund der Frage nach, auf welcher Grundlage in der gegenwärtig zerrissenen Welt ein gemeinsamer Weg der Weltgemeinschaft zur Lösung der aktuellen Krisen möglich wäre. Der folgende Beitrag gibt stark gekürzt den Gedankengang eines ausführlichen Aufsatzes wieder. Die Langfassung mit Beispielen und Erläuterungen sowie Literaturhinweisen ist in der Festschrift für die Wiener Sozialethikerin Ingeborg Gabriel erschienen: Irene Klissenbauer u.a. (Hg.), **Menschenrechte und Gerechtigkeit als bleibende Aufgaben**. Die Festschrift ist jüngst in den Vandenhoeck-Ruprecht Verlagen erschienen.

1. Auflösung milieugestützter Lebenswelten

In unseren Zeiten dagegen zeigt sich eine Grundskepsis nicht primär gegenüber dem Alten, Gewohnten, Bewährten, sondern gegenüber allem Neuen, Anderen, Fremden, wohl aus einem Gefühl der Unbehaglichkeit heraus in einer globalen, digitalisierten Welt, die immer unübersichtlicher, uneinsehbarer, unbeherrschbarer wird. Menschen fühlen sich als vermeintliche Opfer einer Globalisierung, die auf allen Gebieten in die Privatsphäre hineingreift und zu Verunsicherung und Identitätsverlust führt. Die neuen Möglichkeiten der Digitalisierung gestatten zwar weltweite Kommunikation in Echtzeit, die aber exponentiell als Einwegkommunikation erfahren und genutzt wird: das Internet als Echoraum der eigenen Vorurteile, ein Medium der Selbstexploration. Da ist keiner, auf den man hören, dem man zustimmen oder widersprechen müsste oder den man überhaupt überzeugen wollte.

Auf der Institutionenebene führt diese Haltung zu Partikularismus und Gruppenegoismus, zu Populismus und Nationalismus ... - längst überwunden geglaubte Sammlungsbewegungen, die in der gegenwärtigen Weltlage wieder Konjunktur haben. Verlässliche Politik, die auf langfristige Partnerschaften und Bündnisse setzt, wird dem kurzfristigen (Schein)Erfolg geopfert. An die Stelle einer gemeinwohlorientierten Verantwortungsethik tritt die eigenwohlfoкусиerte Pokermentalität der „Dealmaker“. Der Typus der machtbewussten, rücksichtslosen und er-

folgsversessenen Leitfiguren findet seine Bewunderer, Anhänger, Nachahmer – und Wähler! Er wird stilprägend für die (Un)Kultur der Gesellschaft.

Indem die Opfermentalität der eigenen Klientel stilisiert wird, legitimiert sich auch der Politikstil einer neuen Rücksichtslosigkeit, auf „alternativen Fakten“ beruhend und nicht wahrhaben wollend, was wahrgenommen werden könnte – und müsste (!), um aber umso dominanter und brutaler die eigenen Interessen durchzusetzen. In all dem artikuliert sich eine neue Form der Arroganz, die sich über alles erhebt, was nicht der eigenen Weltdeutung entspricht, was auf gesellschaftlicher Ebene schließlich zur Spaltung und Atomisierung, letztlich zum Demokratieverlust führt.

Angesichts solcher spalterischen und zersetzenden Phänomene und Tendenzen braucht es in einer pluralistischen (Welt-)Gesellschaft Menschen, Organisationen und Institutionen, die sich für den gesellschaftlichen Zusammenhalt einsetzen: die nicht aus- und abgrenzen, sondern einbinden, vernetzen, versöhnen: FÜR Sprecher für das ethische Fundament gelingender Demokratie, für die Akzeptanz grundlegender Maßstäbe, Normen und Werte, die eine tendenziell gemeinsame Vorstellung von der Freiheit und ihrer Kostbarkeit haben, vom Inhalt und Umfang von Gerechtigkeit, vom Wert und der Notwendigkeit von Solidarität, gemeinsamer oder wenigstens verwandter Vorstellungen von sinnvollem und gutem Leben, von der Würde jedes Menschen, von der Integrität der Person, von Respekt und Toleranz, von Anstand und Fairness.



Die Festschrift „Menschenrechte und Gerechtigkeit“ würdigt die umfangreichen Forschungen der Wiener Sozialethikerin Ingeborg Gabriel. Zahlreiche Beiträge aus unterschiedlichen Disziplinen beleuchten den Beitrag der Religionen zu einer neuen Ordnung der Weltwirtschaft.

2. Regressive Tendenzen einer Wohlfühlgesellschaft

Vielleicht ist das die Tragik unserer Zeit, dass wir noch nie so viel und so gut kommunizieren konnten – und zugleich verlernt haben, uns konstruktiv und ergebnisoffen auseinanderzusetzen mit dem, der anders denkt, anders lebt, anders handelt – eben weil er anders ist. Und wo nur noch monologisch die je eigenen Ansichten, Meinungen und Vorurteile in die Welt hinausposaunt werden. Die Perspektive des Ganzen, des Gemeinwohls ist abhandengekommen, damit auch die Bereitschaft und Fähigkeit zum Dialog, zum Kompromiss, zum Konsens. Für die Demokratie ist solcher Rückzug auf das Eigene eine gefährliche Entwicklung. Erinnert sei an die berühmte Schrift „Über die Demokratie in Amerika“ von Alexis de Tocqueville von 1835:

„Uninteressierte Bürger, ein Volk von Händlern, nicht mit dem Gemeinwohl beschäftigt, sondern mit sich selbst. Je stärker der Wohlstand steigt, umso unpolitischer die Menschen. Und je unbegrenzter der Liberalismus schaltet und waltet, umso blasser das politische Bewusstsein der Bürger. Am Ende, so prophezeite Tocqueville, werde die Demokratie ausgehöhlt sein. Die Bürger verzichteten auf ihre Beteiligung, und der Staat wandelt sich zu einer alles erfassenden Wohlfühldiktatur, ästhetisch egalitär, politisch totalitär und bestechend smart.“

Das klingt wie eine Parabel auf unsere heutige Wohlfühlgesellschaft, in der sich jeder selbst der Nächste ist.

3. Größe und Grenze gesellschaftlicher Aufbrüche

Es war der französische Philosoph Jean François Lyotard, der radikal mit der Vorstellung aufräumte, in einem Zeitalter der verbindlichen Erzählungen zu leben. An die Stelle des Aufklärungsmythos von der Selbstbefreiung des Individuums (Kant) bzw. der Erzählung vom allmählichen Zu-sich-selbst-kommen des Geistes als Ziel der Geschichte (Hegel), so Lyotard, treten mit dem Anbruch der Moderne die wissenschaftlichen Beweisführungen und der Positivismus.

Blickt man auf die jüngere deutsche europäische Geschichte lassen sich durchaus tragfähige Erzählungen von gesellschaftsrelevanter und identitätsstiftender Macht ausgemachen. An ihnen lassen sich aber die Grenzen



Die allgemeine Euphorie des Falls der Berliner Mauer ist einer Ernüchterung gewichen.



verbindendes Narrativ. Für einen Moment wurde wahr, was unter den Klängen von Beethovens Neunter zur Europahymne mutierte: „Alle Menschen werden Brüder“, verbunden mit der Aussicht, dass Europa nunmehr „mit beiden Lungenflügeln atme“ (Johannes Paul II.). Dahinter stand die Überzeugung, dass der Aufbau einer menschenwürdigen Gesellschaft auf der Grundlage des ethischen Prinzips der sozialen Gerechtigkeit erfolgen müsse, unter Wahrung der Balance zwischen Einheit und Freiheit. Heute kann die Europäische Union nur mühsam die fortbestehende Spaltung des Kontinents überdecken. Während die östlichen Transformationsländer die Respektierung der eigenen nationalen, religiösen, kulturellen Identität erwarten, vergiftet das Migrationsthema zusätzlich das Klima. Da ist es mit der „Ode an die Freude“ schnell vorbei. Ende eines Narrativs.

Willkommenskultur –

Solidarität als identitätsstiftendes Momentum

Für ein kurzes Zeitfenster gab es – Jahre später – noch einmal eine große Welle der Solidarität und Mitmenschlichkeit, als im September 2015 eine Massenbewegung von Geflüchteten an die Grenzen Europas stießen und sich jenes Wunder der Willkommenskultur ereignete. Da überbot sich plötzlich eine Gesellschaft an Hilfsbereitschaft und Generosität, berauscht von der eigenen Weltoffenheit. Da genügt ein singuläres Ereignis von hoher Symbolkraft, wie es die Übergriffe am Kölner Hauptbahnhof in der Silvesternacht 2016 waren, und ein ganzes Land geht urplötzlich auf Abstand. So hat sich die euphorische Stimmung des Willkommens bald verflüchtigt und ist einer Stimmung fortgesetzter Mäkeleien gewichen, die sich in Pegida-Märschen und populistisch-nationalistischen Hetzparolen Bahn bricht. Auch hier: Ende eines Narrativs.

Ist die Sehnsucht nach Sinn, nach Kohärenz und einem tragenden Grund also eine Illusion? Wenn man auf die jüngere Geschichte in Europa schaut, fanden die großen geschichtlichen Aufbrüche und Bewegungen immer unter dem Eindruck eines gemeinsam geteilten und getragenen Narrativs statt, die aber immer auch ihr Ende fanden, wenn Zweifel an der Sinnhaftigkeit im Konkreten aufkamen. Doch „eine Welt ohne narrative Ordnung wäre eine Welt ohne Bedeutung, ohne politische Vision – und ohne

Opfer für das Gemeinwohl.“ (so Ronald R. Krebs). Umso desillusionierender ist es, wenn eine Gesellschaft wieder in Einzelinteressen, Partikularismen, individuelle oder nationale Egoismen zerfällt.

5. Epochale Herausforderungen: Weltgemeinwohl als das neue Narrativ

„Wenn eine Weltordnung zusammenbricht, beginnt das Nachdenken darüber. Doch offenbar gilt das nicht für den heute vorherrschenden Typus der Gesellschaftstheorie, der in universalistischer Erhabenheit und schlafwandlerischer Sicherheit über den Niederungen des epochalen Wandels – Klimawandel, Finanzkrise, Krise der Demokratie und der nationalstaatlichen Institutionen – hinwegschwebt, [...] weil sie ausschließt, was zu beobachten ist: ein Paradigmenwechsel von Gesellschaft und Politik in der Moderne.“

Die alarmistische Analyse, die Ulrich Beck im Blick auf die Existenzkrise der Europäischen Union schon 2011 formuliert hat, dürfte sich angesichts der zunehmenden Globalisierung und Digitalisierung noch verschärft haben. All das beschreibt, dass etwas zu Ende geht. Aber was soll kommen – oder ist schon im Werden? Wir haben es heute in der Tat mit einem epochalen Paradigmenwechsel in einem rasanten Tempo zu tun. Darauf rekurriert Beck mit seinem Konzept der Risikogesellschaft, denn

„im Gegensatz zum ersten Industriezeitalter der Moderne im 19. Jahrhundert sind diese Risiken nicht länger regional eingrenzbar und technisch beherrschbar. Neue technische Innovationen führen zu Risiken, die nicht mehr nationalstaatlich oder schichtspezifisch abgrenzbar sind. Sie entwickeln sich zu Globalgefährdungen, inklusiver neuartiger sozialer und politischer Dynamiken“.

(Stefan Gschiegel)

Dementsprechend bedarf es auch globaler Anstrengungen, die großen Probleme der Menschheit gemeinsam anzugehen, so mühsam das ist. Es fehlt nicht an Einsichten, wohl aber an der Ernsthaftigkeit, nationalstaatliche Interessen zu überwinden und sich für die Lösung globaler Probleme einzusetzen. Angesichts der globalen Herausforderungen, wie etwa Klimawandel, Welternährung, atomare

WERDEN BRÜDER

Abrüstung, Erhalt der Biodiversität, braucht es ein neues Narrativ, eine große Erzählung, die heute weltumspannend Menschen dazu bewegt, sich für das Weltgemeinwohl einzusetzen.

Natürlich ist da in erster Linie an die Vereinten Nationen zu denken, die der Weltgesellschaft etwa mit der UN Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung (SDGs) ein „globales Narrativ“ (Dirk Messner) an die Hand gegeben haben. Aber internationale Konferenzen und Vereinbarungen bleiben seltsam blass und wirken technokratisch abgehoben. Es braucht vielmehr eine neue große Erzählung oder, etwas bescheidener, ein plausibles sinnstiftendes Narrativ, das die universalen Grundwerte transportiert und Emotionen bindet, ein gemeinsam geteiltes Bild von starker Strahlkraft, das Orientierung gibt, Kräfte bündelt, Zuversicht vermittelt und Menschen unterschiedlichster kultureller, sozialer, weltanschaulicher Prägungen hinter einer Idee versammelt. Doch der Trend ist ein anderer. Einstmals große Nationen berauschen sich nostalgisch am Glanz früherer Zeiten. Die dringende gemeinsame Verpflichtung, als Weltgemeinschaft auch globale Verantwortung für das Wohlergehen aller Menschen zu übernehmen, gerät ins Hintertreffen.

6. Global Leadership – Aufbau einer Kultur der Begegnung und der globalen Zivilisation des Bundes

Da bräuchte es eine moralische Autorität von Weltgeltung, die sich die Ziele des Weltgemeinwohls zu eigen macht und dazu in der Lage ist, weltweit Menschen und Nationen zu gemeinsamem Handeln zu bewegen. Insofern liegt es nahe, diesbezüglich an die Rolle der Religionen und ihre geistlichen Führer zu denken - und hier insbesondere an Papst Franziskus, das geistliche Oberhaupt von immerhin 1,3 Milliarden Katholiken, der sich mit seiner universalen Botschaft des Weltgemeinwohls nicht nur an die eigene Glaubensgemeinschaft wendet, sondern an die ganze Menschheitsfamilie wendet: „Der Epochenwandel, den wir erleben“, so der Papst, „ist keine Epoche des Wandels, sondern ein Epochenwandel“. Er fordert auf, „... mit allen gemeinsam die epochale Herausforderung zu überwinden, eine gemeinsame Kultur der

Begegnung und eine globale Zivilisation des Bundes aufzubauen.“

Dazu bedarf es der Sammlung aller positiven Kräfte, die sich von diesem Narrativ, dem Ziel einer „globalen Zivilisation des Bundes“ inspirieren und bewegen lassen.

Dies wurde auf bemerkenswerte Weise deutlich, als sich Papst Franziskus mit seinem sozial-ökologischen Ansatz an die Weltgemeinschaft wandte und dazu mahnte, „dass ein wirklich ökologischer Ansatz sich immer in einen sozialen Ansatz verwandelt, der die Gerechtigkeit in die Umweltdiskussionen aufnehmen muss, um die Klage der Armen ebenso zu hören wie die Klage der Erde.“ (Laudato Si', 49). Teilnehmer der Weltklimakonferenz 2015 in Paris gaben zu Protokoll, dass das Päpstliche Schreiben das meistdiskutierte Hintergrundpapier auf dem UN Gipfel war und die Schlussklärung maßgeblich beeinflusst hat. Dabei präsentiert der Papst der Weltgemeinschaft nicht selbst-erachtete Ziele, sondern nimmt Maß am Schöpfungsauftrag des Menschen: dazu „berufen, die Werkzeuge Gottes des Vaters zu sein, damit unser Planet das sei, was Er sich erträumte, als Er ihn erschuf, und seinem Plan des Friedens, der Schönheit und der Fülle entspreche“ (LS 53), verbunden mit der nüchternen Erkenntnis:

„Das Problem ist, dass wir noch nicht über die Kultur verfügen, die es braucht, um dieser Krise entgegenzutreten. Es ist notwendig, leaderships zu bilden, die Wege aufzeigen, indem sie versuchen, die Bedürfnisse der gegenwärtigen Generationen unter Einbeziehung aller zu berücksichtigen, ohne die kommenden Generationen zu beeinträchtigen.“ (LS 53).

Als global leader sucht Papst Franziskus im Sinne seiner Programmatik des Weltgemeinwohls den Kontakt und die Nähe zu anderen charismatischen Religionsführern in dem Anliegen, unbeschadet der Vertiefung des ökumenischen und interreligiösen Dialogs auf die Nöte der Menschen aufmerksam zu machen und „Allianzen zu bilden, die in der Lage sind, Räume der Aufnahme, des Schutzes, der Förderung und Integration zu eröffnen, Räume also, in denen Würde möglich ist.“ Weltweite Beachtung fand sein unprätentiöses Eintreten für Migranten, als er zusammen mit anderen Kirchen- bzw. Religionsführern Flüchtlings-



Papst Franziskus und der Großimam Ahmad Mohammad Al-Tayyeb bei der Unterzeichnung des Dokuments über die Geschwisterlichkeit aller Menschen für ein friedliches Zusammenleben am 4. Februar 2019 in Abu Dhabi.

lager auf Lampedusa, auf Lesbos oder in Jordanien besuchte und der Weltgemeinschaft eindringlich ins Gewissen redete:

„Es ist eine Wunde, die zum Himmel schreit. Deshalb wollen wir nicht, dass die Gleichgültigkeit und das Schweigen unsere Antwort darauf seien (vgl. Ex 3,7). Besonders angesichts der vielen Millionen Flüchtlinge und anderer zur Migration Gezwungener, die internationalen Schutz suchen, ganz zu schweigen von den Opfern des Menschenhandels und neuer Formen der Sklaverei durch kriminelle Organisationen. Niemand kann diesem Leid gleichgültig gegenüberstehen.“ (Caritas Ansprache in Rabat am 30. März 2019)

Als moralische Autorität mit Weltgeltung ist Papst Franziskus ein bevorzugter Partner der Vereinten Nationen. Gleichzeitig ist der Vatikan auch eine Top-Adresse, um Politiker und Wirtschaftsführer aus aller Welt auf ethisch verantwortliche Formen des Wirtschaftens zu verpflichten. In dem historischen „Dokument über die Geschwisterlichkeit aller Menschen für ein friedliches Zusammenleben in der Welt“ (Abu Dhabi, 04.02.2019) bringt Papst Franziskus zusammen mit dem Kairoer Großimam Ahmad Mohammad Al Tayyeb seine Hoffnung zum Ausdruck,

„dass diese Erklärung eine Einladung zur Versöhnung und zur Brüderlichkeit unter allen Glaubenden, besser

noch unter Glaubenden und Nichtglaubenden sowie unter allen Menschen guten Willens;

dass sie ein Aufruf sei an jedes wache Gewissen, das sich von der abweichenden Gewalt und dem blinden Extremismus lossagt; ein Aufruf an den, der die Werte der Toleranz und Brüderlichkeit, die von den Religionen gefördert und unterstützt werden, liebt;

dass sie ein Zeugnis für die Größe des Glaubens an Gott sei, der die getrennten Herzen eint und den menschlichen Geist erhebt;

dass sie ein Symbol für die Umarmung zwischen Ost und West, Nord und Süd sowie zwischen allen, die glauben, dass Gott uns erschaffen hat, damit wir uns kennen, unter uns zusammenarbeiten und als Brüder und Schwestern leben, die sich lieben.

Das hoffen und suchen wir zu verwirklichen, um einen universalen Frieden zu erreichen, den alle Menschen in diesem Leben genießen können.“

Leben für eine „globale Zivilisation des Bundes“: Es ist der Beginn einer neuen Erzählung von religiöser Kraft: in der Bereitschaft zur Übernahme globaler Weltverantwortung – damit die Menschheit eine Zukunft hat.

Die soziale Idee braucht Freunde

Der Förderverein der Kommende

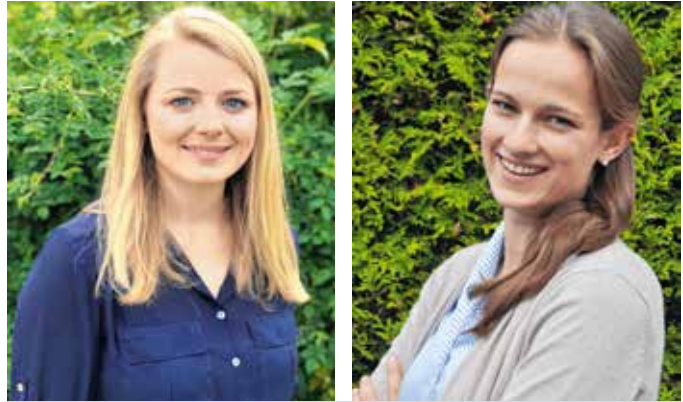
Gleichzeitig mit der Gründung des Sozialinstituts des Erzbistums Paderborn, der Kommende Dortmund, im Herbst 1949 hat sich der Verein der Freunde und Förderer der Kommende e.V. gegründet. Am Anfang ging es angesichts der Zerstörungen des II. Weltkriegs buchstäblich um das „Steine sammeln“, um das neue Sozialinstitut aufzubauen. Seitdem unterstützt der Verein die Arbeit der Kommende Dortmund finanziell und ideell, begleitet die Leitung und das Team des Sozialinstituts in der Weiterentwicklung des sozialen Engagements und der Christlichen Sozialethik. Über 150 Mitglieder fördern mit ihrer Zugehörigkeit den



Der Vorstand des Fördervereins der Kommende (v.l.) Benedikt Penning, Herbert Hollmann, die Vorsitzende Ute Hanswille, Werner Schickentanz und Kommende-Direktor Prälat Dr. Peter Klasvogt.

Verein. Sie bilden ein starkes Rückgrat der Kommende Dortmund in die Gesellschaft hinein. Das Motto des Vereins lautet: Die soziale Idee braucht Freunde. Der Verein freut sich über weitere Mitglieder, die sich der Idee sozialen Engagements aus dem christlichen Glauben anschließen und denen der soziale Zusammenhalt in der Gesellschaft wichtig ist.

Infos zur Arbeit des Vereins und Mitgliedschaft: www.kommende-dortmund.de/institut/gremien/foerderverein



Die neuen Kommende-Mitarbeiterinnen Charlotte Bachmair (links) und Anna-Christina Beiker entwickeln und leiten das Projekt Wirtschaftsethik an Schulen.

Neues Projekt „Wirtschaftsethik an Schulen“



Seit Anfang dieses Jahres ist das neue Projekt „Wirtschaftsethik an Schulen in der Region Ruhr“ der Kommende Dortmund und der Kommende-Stiftung beneVolens am Start. Gefördert von der RAG-Stiftung werden in den nächsten zwei Schuljahren Unterrichtseinheiten erprobt, die Schüler*innen einerseits Grundlagen wirtschaftlichen Handelns vermitteln und sie andererseits befähigen, wirtschaftlichen Entscheidungen unter ethischen Aspekten abzuwägen.

Das Projekt mit Gesamtschulen im Ruhrgebiet wird begleitend wissenschaftlich evaluiert und soll zur aktuellen Entwicklung eines Unterrichtsfachs „Wirtschaft“ Erfahrungen, Materialien und ethische Konzepte beitragen. Für die Kommende Dortmund ist das Projekt eine wichtige Weiterentwicklung in der wirtschaftsethischen Bildung mit jungen Menschen.

„Alles ist mit allem verbunden“

5 Jahre Laudato Si' und die Corona-Krise

Vor fünf Jahren veröffentlichte Papst Franziskus die Enzyklika „Laudato Si'“. Das Schreiben war ein Weckruf mitten in den Vorbereitungen des Weltgipfels zu den Zielen für nachhaltige Entwicklung der UN (SDG's, Agenda 2030) und des Pariser Umweltgipfels im Dezember 2015. Nicht nur in kirchlichen Kreisen, sondern auch in der Politik und Wissenschaft, und sogar in sonst kirchenfernen Kreisen, fand die aufrüttelnde Mahnung des Papstes zum engen Zusammenhang der sozialen und ökologischen Gerechtigkeit lobende Zustimmung.

Fünf Jahre später erfahren die mahnenden Worte des Papstes durch die Corona-Krise eine dramatische Bestätigung. „Alles ist mit allem verbunden“ schreibt Franziskus. Auf tragische Weise zeigt das Corona-Virus, wie verletzlich und gefährdet unsere globalisierte Welt ist, auf welch tönernen Füßen unser Wohlstand steht. Und wie eng soziale Krisen mit den Umweltkrisen zusammenhängen. Die gesundheitliche Corona-Katastrophe hat ihre Wurzeln in den sozialen und ökologischen Missständen auf der Erde.

Laudato Si' hatte großen Einfluss auf die umjubelten Beschlüsse des Pariser Umweltgipfels 2015. Die Umsetzung der Beschlüsse ist zäh, der Schwung verpufft. Die Katholische Kirche in Deutschland hat aus Laudato Si' ihre Lehren gezogen. Die Deutsche Bischofskonferenz hat 2018 Handlungsempfehlungen (siehe Bild) beschlossen, die das gesamte kirchliche Leben unter die Forderung der klimagerechten Nachhaltigkeit stellen. Es wäre zu wünschen, dass auch alle anderen gesellschaftlichen Bereiche ihrer Verantwortung für das Ganze, für das Soziale und das Ökologische, gerecht werden. Laudato Si' ist dazu auch fünf Jahre später eine hilfreiche Anleitung.

Detlef Herbers



Schöpfungsverantwortung als kirchlicher Auftrag

Handlungsempfehlungen zu Ökologie und
nachhaltiger Entwicklung für die deutschen
(Erz-)Diözesen

Arbeitshilfen Nr. 301



Impressum k.punkt spezial

Herausgeber:	Sozialinstitut Kommende Dortmund Prälat Dr. Peter Klasvogt
Redaktion:	Detlef Herbers, Claudia Schwarz
Titelfoto:	Colomne de la paix, Xavier29, Adobe Stock
alle weiteren Fotos:	Kommende Dortmund, Olaf Eberth, Kristina Malis, Polizeipräsidium Dortmund Adobe Stock, KNA
Redaktionsanschrift:	Sozialinstitut Kommende, Redaktion k.punkt, Brackeler Hellweg 144, 44309 Dortmund
Erscheinungsweise:	als Beilage der Kirchenzeitung „Der DOM“
Mediengestaltung und Druck:	Bonifatius GmbH, Druck · Buch · Verlag, Karl-Schurz-Str. 26, 33100 Paderborn
Anzeigen (verantw.):	Astrid Rohde, Tel. 052 51/153-222

**KOMMENDE
DORTMUND**
Sozialinstitut

RUNDUMSORGLOS DAS LEBEN GENIESSEN WIR PASSEN UNS IHREN BEDÜRFNISSEN AN



- > Seniorenreisen
- > Menüdienst
- > Hausnotruf
- > Tagespflege

- > Hilfen für Menschen mit Demenz
- > Kurzzeitpflege

- > Ambulanter Pflegedienst: 7 Mal für Sie in Dortmund

Rufen Sie uns an! 0231 18715121 Mo – Do von 9 bis 17 Uhr / Fr von 9 bis 14 Uhr
Weitere Informationen auf www.caritas-dortmund.de



100% made
 in Germany
 SCHRÖDER®

QUALITÄT SEIT 1864

Seit über 155 Jahren Möbel der Spitzenklasse
aus der **SCHRÖDER** Möbelfabrik.



Fordern Sie noch heute Ihre kostenlosen Wunsch-Kataloge an
und entdecken Sie das Chaletgefühl für Ihr Zuhause:
www.schroeder-moebel.de oder telefonisch unter **052 50-97 95-0**.

SCHRÖDER®
 QUALITÄT seit 1864